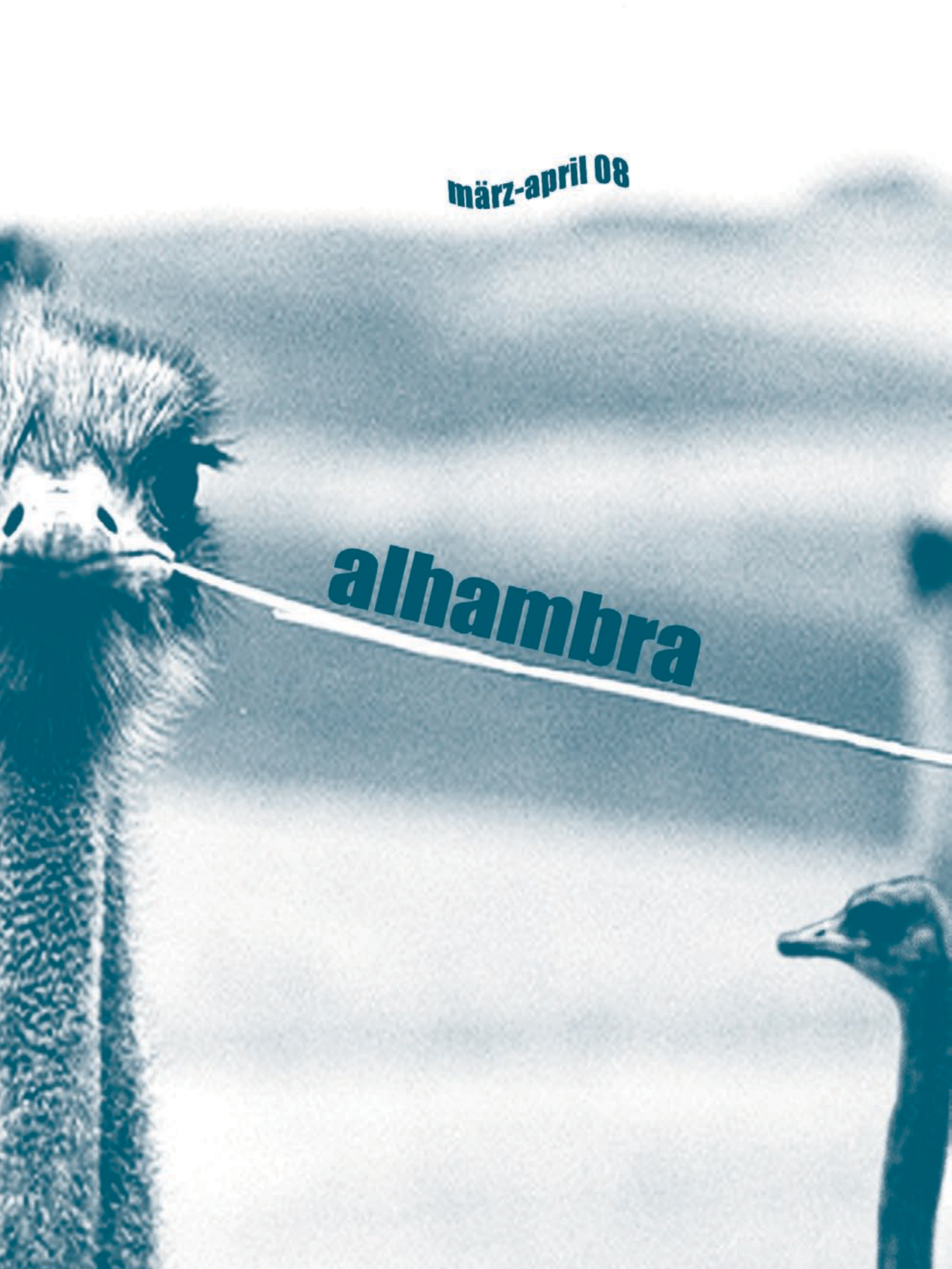
märz-april 08



alhambra

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: praktisches
Nur wer weiß wie's geht kann sich schützen 6
BKA wegtreten! Verfassungsschutz auflösen! 7
Verschlüsselt mailen 9
TrueCrypt – Meine Daten gehören mir! 12
Sicher löschen und Spuren beseitigen 15
Wir wissen wo du bist und wen du triffst 16
Hausdurchsuchung. Was tun? 18

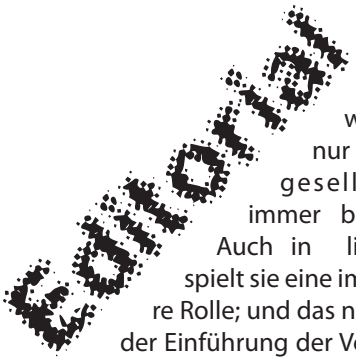
homestory
Identitätszugehörigkeit statt soziale Bewegung? 20

soziale kämpfe
ALSO in action 24
the strikes are back... 26

internationalismus
Hühnerbeine für Afrika 28
Soziale Bewegung in Südafrika 30

freiräume
Besetzte Häuser in Santiago de Chile 33

kultur
Ankündigungen 36
Kreuzworträtsel 37



Überwachung wird nicht nur gesamtgesellschaftlich immer bedeutender. Auch in linker Praxis spielt sie eine immer größere Rolle; und das nicht erst seit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung, die praktisch gar nicht so viel verändert hat. Deswegen widmet sich der **Schwerpunkt** dieser Ausgabe dem Aufzeigen wie mensch sich dem entziehen bzw. dagegen wehren kann. Auf den Thema-Seiten 6 bis 19 findet ihr dementsprechend gut verständliche (nicht nur für Computernerds) Anleitungen zum Mailverschlüsseln, Datenverschlüsseln, sicheren Löschen und dem Umgang mit Handys. Natürlich gilt weiterhin, dass mensch einfach bei klandestineren Aktionen oder Treffen das Handy zu Hause lassen sollte, dass Politkram nicht auf Privat-PC's erledigt wird, etc.

Eingeleitet wird der Schwerpunkt von einem kurzen Kommentar der FelS zum Umgang der Linken mit der aktuellen Verschärfung der Repression.

Der Artikel **„Hühnerbeine für Afrika"** ist eine gute Einführung in das Thema EPA (Economic Partnership Agreements/Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen). Die EPA's sind ein nicht zu unterschätzendes Puzzlestück in der neokolonialen Aufteilung Afrikas, in der die EU ihre Zugriffsprivilegien gegen die geostrategischen Interessen Chinas und den USA durchzusetzen versucht. Gleichzeitig sind die EPA's zum Kampffeld vieler sozialer Bewegungen im subsaharischen Afrika geworden, die leider in der europäischen Linken kaum Gehör finden.

Das Interview über **Soziale Bewegung in Südafrika** verdeutlicht, dass der Kampf der sozialen Basisbewegungen Südafrikas nicht bei den politischen Rechten enden darf, sondern es auch um den Zugang zur Ökonomie gehen muss. Die „Western Cape Anti-Eviction Campaign" (AEC) richtet sich gegen die Folgen der gescheiterten Wohnungspolitik des ANC – der regierenden Partei Südafrikas – und der in Kapstadt regierenden Democratic Alliance. Die AktivistInnen kämpfen für eine soziale Lösung der Wohnungskrise. Kurz vor Redaktionsschluss begann die südafrikanische Regierung erneut besetzte Häuser, die in Delft (am Stadtrand von Kapstadt) liegen, gewaltsam zu räumen. Jene Häuser waren für die BewohnerInnen von Joe Slovo, einem innenstadtnahen informell errichteten Slum, vorgesehen, die nach Delft umgesiedelt werden sollen. Kapstadt für alle! – und nicht nur für Reiche, Weiße und deutsche Dauertouristen.

In Ergänzung zum Schwerpunkt „Freiräume" in der vorletzten Ausgabe der Alhambra Zeitung kann „**Unser Leben ist unsere Politik**" gesehen werden, da der Artikel Einblicke in die HausbesetzerInnenszene in Chile gibt. Auch wenn er anlässlich von im Herbst 2006 stattgefundenen Repressalien gegen HausbesetzerInnen geschrieben wurde, bietet er einen relativ zeitlosen Blick über den europäischen Tellerrand der Kämpfe um Freiräume hinaus und beschreibt die Situation der verschiedenen selbstverwalteten Projekte sowie die Motivation ihrer VerfechterInnen in der chilenischen Hauptstadt.

In **„the strikes are back"** von FelS wird versucht, den Arbeitskampf der GDL zu bewerten und in eine linke, antikapitalistische Perspektive einzuordnen. Der Artikel zeichnet hier ein sehr positives Bild der Art und Weise der GDL, Streik zu führen. Zwar freuen auch wir uns, dass dort ein Arbeitskampf entfachte, der nicht nur defensiv versuchte, bestimmte Zustände zu erhalten, sondern dem sozialmarktwirtschaftlichen Kurs des DGB trotzte, um durch eine deutliche Forderung nach mehr Lohn ihr „Stück vom Kuchen", eine wirkliche Verbesserung der Lebensbedingungen einzufordern. Ein wenig zu kurz kommt unserer Meinung nach jedoch die Kritik an der GDL. So ging und geht es der traditionell CDU-nahen Gewerkschaft nie darum, eine wirklich geschlossene Bewegung der Lohnabhängigen gegen die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen zu etablieren, sondern lediglich bestimmte Partikularinteressen durchzusetzen. Ganz in diesem Sinne ist auch zu verstehen, dass die GDL nicht einmal darum bemüht war, einen Streik aller BahnerInnen auf die Beine zu stellen. Obwohl dieses Vorhaben natürlich angesichts der sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Gewerkschaften TransNet und GDBA nur schwer realisierbar wäre.

Der Artikel **„Identitätszugehörigkeit statt sozialer Bewegung"** dreht sich um die Linke Szene in Oldenburg. Er soll eine kritische Auseinandersetzung mit dem linken Szeneklüngel u.a. im Alhambra anstoßen und das gelebte Selbstverständnis innerhalb der linken Szene in Frage stellen. Der Artikel ist aus einem Diskussionsprozess der Alhambrazeitungsredaktion entstanden. Diese Diskussion soll auf jeden Fall fortgesetzt werden, explizit auch mit Leuten, die sich außerhalb der Szene sehen, deswegen meldet euch wenn ihr wollt z.B. über das Zeitungsfach im Alhambra oder über zeitung@alhambra.de.

Zur Zeit läuft eine Kampagne an; und zwar von der ALSO, den Überflüssigen und dem Antira-Plenum (erweiterbar). Sie wird noch durch zahlreiche Aktionen von sich reden machen. In dem Zusammenhang steht dieses Flugblatt der ALSO (**„Immer Ärger mit der ARGE?"**), dass einerseits für alle Betroffenen eine empfehlenswerte Lektüre ist und die Schikanen der ARGE aufzeigt, andererseits aber auch Teil der ersten Schritte der Kampagne ist, die sozialen Kämpfe zusammenzuführen, um die herrschenden Verhältnisse auf den Kopf zu stellen.

Eigentlich wollten wir auch was zur so genannten Unabhängigkeit des Kosovo bringen. Leider kam bis Redaktionsschluss kein wirklich guter Artikel dazu raus. Die Mainstreamberichterstattung feiert ja einfach unhinterfragt die Schöpfung der neuen Nation ab. Dazu zumindest ein kleines Gegengewicht in den Kurzmeldungen.

In dieser Ausgabe der Alhambra-Zeitung als besonderes Bonbon: mit **Kreuzworträtsel**! Im Mai feiert das Alhambra übrigens 30-jähriges Jubiläum. Ihr könnt euch also über mehr als das folgende Kreuzworträtsel freuen.

Eure Redaktion

Kriminalisierung der revolutionären 1. Mai Demo in Oldenburg

Oldenburg Am .... Januar fand am Oldenburger Amtsgericht ein Prozess gegen einen Oldenburger Aktivisten und Teilnehmer der 1. Mai-Demo 2007 statt. Ihm wird ‚vorgeworfen' eine leitende Funktion innegehabt zu haben. Weil die Demo nicht angemeldet war, hätte er damit laut der Richterin gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. Er wurde zu 1750 € plus Gerichtskosten verurteilt. Die mangelhafte Beweislage erschöpfte sich in der Aussage einer Bullette in Zivil, die seine Stimme wiedererkannt haben will und ihn häufig dann nicht gesehen habe, wenn gerade eine Durchsage gemacht wurde.

Diese Provokation der Staatsanwaltschaft wird allerdings nichts an der Praxis der revolutionären 1. Mai Demonstration in Oldenburg ändern, die auch in Zukunft nicht erst die staatlichen Behörden um Erlaubnis fragen wird, bevor sie für den Umsturz der herrschenden Verhältnisse auf die Straße geht.

FlüchtlingsaktivistInnen von Abschiebung bedroht

Oldenburg Zur Zeit sind einige Flüchtlinge, die spätestens seit dem Streik 2006 versuchen das Lager abzuschaffen, konkret von Abschiebung bedroht. Die Ausländerbehörde in Blankenburg setzte sie unter Druck und wandte verschiedene Strategien zur Erreichung ihrer Ziele an. Ohne Erfolg.

Dennoch: Die Angst vor der Abschiebung und auch die Abschiebung selbst ist in Blankenburg mehr als alltäglich.

Den Yuppies den Teller leer essen

Bremen Am 02.02.2008 tanzten vierzehn adrett gekleidete „Superflus" aus Paris Wiener Walzer im ‚Goldenen Hirsch', einem eher noblen Restaurant im Ostertorsteinviertel. Zu Edith Piaf ließen sie sich das Essen der Yuppies schmecken, kosteten ihre Getränke und rauchten ihre Zigaretten. In Kleidern und Anzügen, versteckt hinter galanten Masken, eigneten sie sich partikular ein wenig von dem Luxus an, der dem Großteil der Menschen nicht zugänglich ist. Nach einigen Stücken Kuchen, Bratkartoffeln, etwas Salat, dazu Bier, Latte Macchiato, Orangensaft und zwei wunderbaren Walzern verschwanden sie ebenso plötzlich wie sie erschienen waren. Ihr antikapitalistisches Tanzamusement beendeten sie mit der selbstbewussten Ansage: „Wir bereuen nichts!"

Die Aktion fand im Rahmen des Reclaim the Streets in Bremen statt. Dort gingen ca. 150 Leute auf die Strasse, um lustvoll und kreativ gegen die fortschreitende Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlichen Raums im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik zu protestieren. Die Vielfalt der Aktionen - von Fahrraddemo über Feuerwerk bis zu Bullen wegtanzen - und das dezentrale Konzept waren erfolgreich. Dennoch gab es sechs Ingewahrsamnahmen.

Abseits des Reclaim the Streets wurde von AktivistInnen am Sielwalleck ein Denkmal für Laye Kondé errichtet, der 2005 von den Bremer Bullen durch einen Brechmitteleinsatz ermordet wurde.

Video dazu: http://de.youtube.com/watch?v=dwTXDMiI2LE

Widerstand im Abschiebeknast Vincennes

Paris In Vincennes nahe Paris gibt es einen Abschiebungsknast. Die Gefangenen verweigern das Essen und die Rückkehr in ihre Zellen. Sie legen Feuer in ihren Zimmern und schlafen draußen. Sie fordern die sofortige Schließung von solchen Knästen.

Mehrfach wurden die berüchtigten Prügelbullen der CRS eingesetzt, um die Proteste zu beenden. Die Gefangenen ließen sich nur durch brutales Vorgehen in ihre Zellen drängen und riefen dabei L-I-B-E-R-T-E (F-R-E-I-H-E-I-T).

Verschiedene Gruppen solidarisierten sich mit dem Kampf der Häftlinge: die Sans Papiers, Gewerkschaften, autonome Gruppen und organisierten mehrere Demos.

Laut französischen Antiragruppen gehören solche Aufstände zum Alltag. Das

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

besondere ist, dass ihnen die nationale Presse dieses Mal so viel Aufmerksamkeit schenkt.

Erster Suizid im Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick

Berlin Am 30. Dezember erhängte sich ein 28-jähriger Tunesier im Abschiebegefängnis Köpenick. Nach Polizei-Angaben erlag der Mann am 1.1.2008 seinen schweren Verletzungen in einem Krankenhaus. Er ist damit der erste Gefangene, der sich seit Bestehen des Gefängnisses in Köpenick das Leben nahm. Viele haben es vorher versucht, überlebten jedoch. Viele haben sich auch aus Protest gegen die drohende Abschiebung selbst verletzt, um der Abschiebehaft zu entkommen.

Seit nunmehr 15 Jahren dokumentiert die Antirassistische Initiative e.V. unter anderem Suizide, Selbstverletzungen und Suizidversuche von Flüchtlingen. In Berlin kam es zu mindestens 186 Suizidversuchen und Selbstverletzungen in Abschiebehaft in deren Folge sich die Betroffenen z.T. schwerste Verletzungen zugefügt haben. Bundesweit wurden 50 Todesfälle und knapp 400 Verletzungsfälle in Abschiebehaft dokumentiert.

Am folgenden Samstag demonstrierten rund 200 Menschen.

Die EU hat eine neue Kolonie: Kosovo

Brüssel/Priština Am 17. Februar erklärte das Parlament in Priština die Unabhängigkeit des Kosovo. Keine Frage, mit der Unabhängigkeit transformiert sich zunächst nur die Abhängigkeit: Aus dem ehemaligen Protektorat wird ein Staat, der vollständig von der EU abhängig ist. Langfristig, so hofft man in Brüssel, lässt sich aber ein unabhängiges Kosovo effektiver disziplinieren als durch die Zwangsverwaltung.

Besuchsverbot im Lager Blankenburg

Oldenburg/Blankenburg „Die – oft jahrelange – Isolation von Flüchtlingen in Lagern ist menschenunwürdig und sollte sofort beendet werden. Das ist das vorläufige Resümee einer mit 100 (darunter mehr als 20 Bewohnerinnen der ZAAB Blankenburg, trotz massiver Bedrohungskulisse im Vorfeld seitens der Polizei und der Lagerleitung in Blankenburg und Einschüchterungsversuche einiger MitarbeiterInnen der ZAAB) Teilnehmern/innen gut besuchten Anhörung, die das Netzwerk Flüchtlingshilfe Niedersachsen in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und der Stiftung Leben und Umwelt am Freitag (18. Januar) in Oldenburg durchgeführt hat." (Kai Weber Niedersächsischer Flüchtlingsrat)

Abgesehen vom OB Schwandtner und einigen FraktionsvertreterInnen kamen bei der Anhörung fast nur kritische Stimmen zu Wort. Flüchtlinge aus allen drei niedersächsischen Lagern berichteten über ihre Lebensbedingungen,

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

deren unmenschlichen Folgen und die Praxis der Repressionsapparate (Ausländerbehörde, Bundesministerium, Polizei). Andere RednerInnen kritisierten unter anderem das Lagersystem und die Verstöße gegen das fundamentale Menschenrecht.

Der Lagerleiter Lüttgau ließ mit seiner Reaktion auf die Ankündigung der Anhörung nicht lange auf sich warten: Er verhängte ein allgemeines Besuchsverbot für 24 Stunden, von dem auch die Landtagsabgeordneten betroffen waren, denen ebenfalls eine Besichtigung des Lagers - begleitet durch ein großes Polizeiaufgebot - untersagt wurde.

Einer Gruppe von SchülerInnen, die am Tag vorher (17.01.) versuchten ein paar Freunde im Lager zu besuchen, um zu sehen in was für Bedingungen ihre Bekannten leben müssen, wurde ebenfalls verboten das Lager zu betreten. Der Besuch der drei SchülerInnen zog auch einen Polizeieinsatz nach sich. Die Sturheit und Willkür der Behörden und besonders des Lagerleiters Lüttgau nehmen manchmal schon fast skurrile Formen an.

Mehr Infos unter: www.alhambra.de/nolager

Proteste gegen Neonazis und Geschichtsrevisionismus

Dresden Die Erinnerung an Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg wird in wohl keiner anderen Stadt Deutschlands bis heute so sehr lebendig gehalten, wie in Dresden. Seit Jahren demonstrieren die Nazis am Jahrestag der Bombardements und fantasieren von einem Dresdener Bombenholocaust.

Doch es regt sich seit einigen Jahren auch Widerstand gegen die Nazis. Tausende haben am 16. Februar gegen einen Naziaufmarsch der rechtsextremistischen JLO protestiert. Weit mehr als 1000 Antifas und über 2000 BürgerInnen blockierten Straßen und skandierten antifaschistische Parolen. Letztendlich konnte der Aufmarsch der mehrer als 5000 Nazis aus Deutschland und ganz Europa zwar nicht verhindert werden, allerdings konnten die Neonazis ihre geplante Route nicht laufen, sondern mußten nach stundenlanger Warterei eine stark verkürzte Route nehmen. Am Rande kam es zu Ausschreitungen, so wurden die Scheiben eines Naziladens demoliert.

Rassistischer Mord in der Ukraine

Kiev Ende Januar wurde in der ukrainischen Hauptstadt ein 19jähriger Flüchtling aus dem Kongo von Naziskins erstochen. Derartige Morde sind kein Einzelfall, im Oktober 2007 wurde ein Flüchtling aus Bangladesh ermordet und drei chinesische Studentinnen schwer verletzt. Flüchtlinge in der Ukraine als eines der Haupttransitländer in die EU sind besonders von den Folgen der „European neighborhood policy" betroffen. Diese finanziert Grenzlager- und Überwachung um TransitmigrantInnen an der Durchreise zu hindern, dessen Konsequenz eine stetig steigende Anzahl der „Illegalisierungen" ist. Gewalttätige Nazihorden sorgen somit neben der Angst vor Kontrollen, beschissenen Arbeitsverhältnissen, usw. für noch prekärere Lebensbedingungen vor den Toren der EU.

Freiraum an der Uni Göttingen erkämpft

Göttingen Anderthalb Jahre hatten Studierende in Göttingen vergeblich mit der Uni-Leitung über einen Ersatz für ein 2006 durch einen Gebäudebrand zerstörtes selbstverwaltetes Café verhandelt. Im Januar hatten sie dann genug von der Hinhaltetaktik der Gegenseite und besetzten einen Seminarraum. Verschiedene Kleingruppen kümmerten sich schnell um die Schaffung einer anderen Café-Atmosphäre, u.a. durch die Umgestaltung der Wände. Von den Studierenden wurde das Café weit besser angenommen als erwartet, mitunter war es schwierig noch einen freien Platz zu ergattern. Die Besetzung wurde von einer breiten Basis getragen, was sich auch daran zeigte, dass die täglichen Plena mit zwanzig bis vierzig Personen meist gut besucht waren.
Die Uni-Leitung war mit der Situation offenbar überfordert, nach zwei Wo-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

chen ließ sie das Café mit einem großen Polizeiaufgebot in den frühen Morgenstunden räumen und erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Das dieses Vorgehen ein Fehler war, dürfte den Verantwortlichen allerdings noch am gleichen Abend klar geworden sein. Eine knapp vierhundert Personen umfassende, sehr offensive Spontandemo lief durch die Innenstadt und schließlich zum Campus. Der Polizei, die das verhindern wollte, wurde keine Chance gelassen, so dass diese den Einsatz nicht nur mit zwei verletzten Beamtinnen, sondern wohl auch mit erheblich angekratztem Selbstvertrauen beendete. Die entschlossene Reaktion der Besetzer_innen und die damit verbundene Aussicht auf ein heißes Sommersemester ließen die Uni-Leitung einlenken. Sowohl die Anzeigen wurden zurück gezogen, als auch erstmals ein Raumangebot unterbreitet, das den Forderungen der Studierenden entspricht: Ein neues Café wird bis Ende April gebaut, das dann den vormaligen Besetzer_innen übergeben wird.

Rechtsruck in Ungarn

Budapest In Ungarn ist aktuell – wie in vielen Ländern – ein Rechtsruck auszumachen. Besonders die neofaschistische Partei „Jobbik" („Bewegung für ein besseres und rechteres Ungarn") und ihre paramilitärische Truppe „Ungarische Garde" treten seit einiger Zeit vermehrt in Erscheinung. Sie tun sich insbesondere durch antiziganistische Hetze hervor. Einen Großteil ihrer AnhängerInnen rekrutieren die neofaschistischen Organisationen aus der Mittelklasse, in der rassistische und chauvinistische Gedanken weit verbreitet sind.

Die seit 2002 regierende Koalition aus Sozialisten und Liberalen hat sich kürzlich dem neoliberalen Druck gebeugt, wodurch nun scharfe soziale Veränderungen durchgreifen. Die Angst vor sozialem Absturz der Mittelklasse machen sich faschistische Organisationen zu nutze. Es gibt auch eine ausgeprägte und weitverbreitete faschistische Subkultur im Umkreis von Schulen und Universitäten.

In den letzten Monaten ereigneten sich zahlreiche neofaschistische Anschläge auf Gebäude linker Parteien und Organisationen sowie Übergriffe auf Linke.

Sabotageaktion im Lager Blankenburg

Oldenburg In der Nacht vom 17. auf den 18.02.08 wurden auf dem Gelände der ZAAB Oldenburg sechs Fensterscheiben zerstört, unter anderem von der Kantine und der Gesundheitsstation. Sowohl das Essen, als auch die medizinische Versorgung wurden (nicht nur) im Streik scharf von den BewohnerInnen kritisiert. Diese Sabotageaktion ist ein Ausdruck des Widerstands gegen die unmenschlichen Bedingungen des Lebens im Lager und für die Abschaffung des Lagers.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Nur wer weiß wie's geht kann sich schützen

Klar ist ja irgendwie jedem und jeder, dass Daten und emails eigentlich verschlüsselt werden sollten. Klar ist aber auch, dass viele Menschen nicht wirklich Lust haben, sich mit dem Thema zu befassen, weil so viel Computer-Interna die meisten eher abschreckt.

Wir versuchen in dieser Ausgabe daher ein paar grundlegende Sachen zu erklären. Dabei legen wir Wert darauf, möglichst wenig Vorwissen voraus zu setzen. Sicher sind die hier gegebenen Anleitungen nicht vollständig – und eigentlich auch nicht ausreichend ausführlich – und evtl. sogar fehlerhaft (will heißen, obwohl wir uns die größte Mühe gegeben haben solltest du nicht uns die Schuld geben, wenn die Bullen oder sonst wer doch was auf deinem Rechner gefunden hat, obwohl du unsere Anleitung befolgt hast). Trotzdem hoffen wir, dass damit zumindest ein paar Leute angesprochen werden und so mehr ein Bewusstsein für Verschlüsselung etc. bekommen und die hier vorgestellten Sachen dann auch umsetzen.

Strukturiert haben wir diesen Schwerpunkt folgendermaßen: Ein erster Text stellt noch einmal den Zusammenhang zu den §129(a)-Verfahren und den politischen Hintergrund dar. Danach folgen einige Anleitungen: als erstes stellen wir die Verschlüsselung von emails mit *Mozilla Tunderbird*, *GnuPG* und *Enigmail* vor, danach wird das Verschlüsseln des gesamten Computers und das Erstellen verschlüsselter Festplatten mit *TrueCrypt* erklärt. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit dem sicheren Löschen von Dateien. Danach bewegen wir uns ein wenig weg vom Computer hin zu Handys und wollen eine realistische Einschätzung zu Überwachungsmaßnahmen rund ums Handy geben.

Wie ihr seht ist z.B. der komplette Bereich „anonym surfen" ausgespart, vor allem aus Kapazitätsgründen, wir haben es einfach nicht geschafft was dazu zu schreiben. Wen das interessiert die/der sollte sich die Software *Tor* anschauen. Auf www.torproject.org gibt es eine gute (auch deutschsprachige) Installationsanleitung.
Wichtig finden wir auch zu betonen, dass es überhaupt nicht darum geht, ob ihr nun irgendwas brisantes auf eurem Rechner habt oder nicht, verschlüsselt trotzdem und so viel wie möglich. Denn wenn nur die wirklich brisanten Daten verschlüsselt werden (bzw. nur die verschlüsseln, die wirklich brisante Daten haben) ist für die Bullen der Schluss: „jemand die/der verschlüsselt wird schon was zu verbergen haben" sehr viel leichter zu ziehen. Wenn viele verschlüsseln wissen die Bullen nicht wo sie anfangen sollen die Verschlüselung zu umgehen, bzw. Leute zu überwachen, die verschlüsseln.

Vorweg sollte gesagt sein, dass alle Verfahren, die wir hier vorstellen ‚konzeptionell sicher' sind. Es gibt in der hier beschriebenen Software keine Hintertüren, Generalschlüssel oder sonst etwas – da sämtliche Software die wir hier vorstellen OpenSource-Software ist, ihr Quelltext also frei zugänglich und somit jederzeit überprüfbar ist (und überprüft wird).

Die einzige Möglichkeit das System zu entschlüsseln ist also das Passwort zu erraten. Damit sollte auch klar sein, dass dem Passwort eine ziemlich wichtige Bedeutung zukommt.

Welche Passwörter können also als sicher gelten? Als Hilfsmittel um sicheren Passworte zu erzeugen, kann ein sogenannter Passwortsatz verwendet werden. Dabei dient ein selbst gewählter Satz als Gedankenstütze und jeder Anfangsbuchstabe als Stelle im Passwort. Durch die Verwendung von Zahlen (z.B. Uhrzeiten, Mengenangaben etc.) im Satz und das zusätzliche Einfügen von Sonderzeichen werden alle Voraussetzungen an ein starkes Passwort erfüllt. Achte darauf, niemals persönliche Daten von dir oder dir bekannten Personen in das Passwort einfließen zu lassen. Ein Passwortsatz könnte zum Beispiel so entstehen: »Tante Klara muss jeden Abend um halb 9 2 Gläser Bier Trinken« ergibt »TKmjAuh92GBt«. Jetzt sollten um die Sicherheit zu erhöhen zufällig gewählte Sonderzeichen eingefügt werden: »TK_mjA%(uh9)!2GBt«.

Ach ja, vielleicht noch ein paar sehr grundlegende Sachen: Installiert euch eine Firewall und einen Virenscanner und aktualisiert die regelmäßig. Benutzt zum surfen *Mozilla Firefox* und installiert AddOns wie *Adblock Plus* und *NoScript*. *Adblock Plus* hält euch nervige Werbung vom Hals und *NoScript* deaktiviert JavaScript und ein paar Plugins und macht es damit den Datensammlern schwerer.

Was wir eigentlich sagen wollen ist, dass ihr auch beim einfachen surfen im Internet unglaublich viele Spuren hinterlasst und mensch ein ziemlich gutes NutzerInnenverhalten von euch erstellen kann – erlaubt also nicht alle ‚Cookies' seid vorsichtig und auch misstrauisch. Euch hilft die besste Verschlüsselung nichts, wenn die Bullen (oder wer auch immer) euch nen Trojaner oder sonst was auf den Rechner schleusen – wenn der Computer läuft sind die Daten ja entschlüsselt, erst wenn der Computer aus ist (oder der verschlüsselte Container ausgehängt) sind die Daten verschlüsselt (wie ihr seht können wir hier wieder nur einiges anreißen, wir haben einfach nicht genug Platz/Kapazität alles ausführlich zu erklären).

BKA wegtreten! Verfassungsschutz auflösen!

Mit Sicherheit nicht schlecht: Soziale Rechte weltweit erkämpfen!

Es ist schon bitter, wenn man sich inzwischen über die Umsetzung geltenden Rechts freuen muss. Mit der Entscheidung des Bundesgerichthofs (BGH) von voriger Woche, nach der die Anschläge der „Militanten Gruppe" (mg) nicht nach der aktuellen Fassung des §129a verfolgt werden können, ist ein Teilerfolg errungen. Die Haftbefehle gegen Axel H., Florian L. und Oliver R. mussten augesetzt werden. Die Solidaritätsarbeit war erfolgreich! Nach den ersten Wochen war nicht zu erwarten, dass der öffentliche Druck groß genug sein würde, um die Anschuldigung nach §129a zu kippen. Die Konzentration auf den „Terrorparagrafen" §129a und eine breite Öffentlichkeitsarbeit war richtig und effektiv. Erst diese hat die durch das BGH formulierte Auslegung ermöglicht. Der öffentliche Druck war groß genug, dass der Kompromiss, den Rot-Grün bei der Reform des Paragrafen 129a formulierte, nicht im Sinne von sicherheits- politischen Hardlinern ausgelegt wurde. Die geradezu irrsinnige Praxis der Verfolgungsbehörden, die mit zur breiten Solidarisierung beitrug, und die politische Ausrichtung des zuständigen Strafsenats taten den Rest.

Aber nach wie vor gilt: Paragraf 129, 129a etc. abschaffen! Plus: BKA wegtreten und Verfassungsschutz auflösen!

Der Teilerfolg bleibt jedoch ambivalent: Die Betroffenen wurden aufgrund der Sonderhaftbedingungen und den Folgen der Überwachung nachdrücklich und gezielt geschädigt. Des Weiteren wird das Verfahren nach §129 weitergeführt, statt lediglich wegen versuchter Sachbeschädigung. Mit dem BGH-Urteil und der Verfolgung nach §129 hat sich zwar der Spielraum verändert, die Logik bleibt die gleiche. Der Paragraf kommt aus der gleichen Tradition wie der §129a. Das zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die Geschichte der Verfolgung der KPD, von Teilen der Frauenbewegung und der Häuserkämpfe im Rahmen dieses Gesinnungsparagrafen: Er macht es möglich, Lücken in der Beweisführung mittels unterstellter kollektiver Willensbildung und Handlungsfähigkeit zu überbrücken und ermöglicht ohne den Grundsatz der Unschuldsvermutung zu ermitteln, zu konstruieren und schließlich zu kriminalisieren. Schon allein deswegen ist klar: Alle Verfahren gegen vermeintliche mg-Mitglieder sowie alle weiteren 129a-Verfahren gegen linke AktivistInnen und AntimilitaristInnen müssen sofort eingestellt werden!

Im Rahmen der Repression und Überwachungsmaßnahmen in allen laufenden Verfahren nach §129a ist eine unüberschaubare Masse an Daten und Informationen über linke und alternative Strukturen gesammelt worden. Auffällig ist in allen Verfahren die Initiative des Verfassungsschutzes, der das BKA mit Informationen versorgt und vor sich her treibt. Dies zeigt erneut, wie geheimdienstliche Strukturen selbst rechtsstaatliche Verfahren systematisch aushebeln und unterminieren. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst aufgrund der historischen Erfahrungen im Nationalsozialismus wird zunehmend aufgelöst. Die Vorkommnisse der letzten Monate haben ein weiteres Mal gezeigt, dass es in Deutschland nicht selbstverständlich möglich ist, über Emanzipation und die adäquaten Mittel zu streiten, sich zu assoziieren und po-

litischen Widerstand und Gegenmacht zu organisieren. Die politisch richtige Forderung bleibt deshalb die Auflösung des Verfassungsschutzes!

Ebenso skandalös ist die Praxis der RichterInnen, die immer wieder die weitreichenden Durchsuchungs- und Überwachungsmaßnahmen seit dem 9. Mai - und auch schon davor - abgesegnet haben. Auch hier hat sich eine juristische Praxis eingeschliffen, die selbst den eigenen Anspruch des deutschen Rechtsstaates Lügen straft. RichterInnen unterschreiben eben, was ihnen vorgelegt wird. Auch wenn die Vorwürfe noch so grotesk sind und Menschen unter Sonderbedingungen für Wochen im Knast verschwinden!

Auch vor dem Hintergrund weiterer rechtlicher und politischer Verschärfungen bleibt das Urteil des BGH mehr als ambivalent: Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung wurde beschlossen, die Paragrafen 129 c und 129 d (Verfolgung von „Terror-Vorbereitungen" und Einzeltätern) sind geplant und die Landesinnenminister wollen die Werbung für terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe stellen. Innenminister Schäuble macht mit ständigen Tabubrüchen Politik und treibt neben der Online-Durchsuchung die autoritäre und präventive Ausrichtung der Sicherheitspolitik voran. Wie außer Rand und Band das BKA inzwischen ermittelt, zeigen die Überwachung von JournalistInnen und die Kontrolle der Post bei vier Tageszeitungen.

Und die jüngsten Razzien bei Mitgliedern der türkisch/kurdischen TKP/ML im Rahmen des rassistischen §129b (Verfolgung ausländischer krimineller oder terroristischer Vereinigungen) in mehren deutschen Großstädten zeigen, dass die Behörden nach ihrer Niederlage im „mg-Verfahren" die Repression gegen Linke keineswegs einschränken werden. Auch der §129b muss weg!

Trotz der Entscheidung des BGH - keine Entwarnung!

Fast nie meinen die politischen Eliten mit „Sicherheit" einen gesellschaftlichen Zustand, der es allen Menschen ermöglicht ein gutes Leben zu führen. Ihre Strategie und ihr Angebot reduziert sich auf ein Sicherheitsangebot von Kameraüberwachung über Fingerabdruck-Pässe bis zu Tornado-Abfangjägern. Diese innere Aufrüstung wird mit einer vermeintlichen Terrorgefahr und durch tagtäglich geschürte Panikmache legitimiert und bedeutet für uns weit reichende Einschränkung von Bürgerrechten, Abbau von rechtsstaatlichen Standards und Zerschlagung sozialer Sicherungen und Errungenschaften. Nach der tendenziellen Stilllegung der Klassenkämpfe und den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch soziale Zugeständnisse bis in die 1970er Jahre, folgt nun die Strategie der autoritären Einbindung und der Individualisierung. In der Arbeitsagentur werden neuerdings KundInnen verwaltet und zu Verrenkungen jedweder Art aufgefordert, von Zeiten in denen BürgerInnen Rechte und Ansprüche geltend machen konnten ist nicht mehr viel geblieben, stattdessen halten marktkonforme Leitbilder Einzug in immer mehr gesellschaftliche Bereiche. Sicher ist vielen hierbei nur die tagtägliche Gewissheit unter prekären Verhältnissen leben zu müssen.

Zur Demonstration gegen diese autoritäre Formierung, die Vorratsdatenspeicherung und Paragraf 129a am 22. September haben wir es schon zusammen mit den anderen Gruppen des Berliner MayDay-Vorbereitungskreises als Motto vor uns hergetragen und wir wiederholen uns gerne: Mit Sicherheit nicht schlecht - Globale soziale Rechte statt Überwachungsstaat! Denn solange nicht alle ökonomisch unabhängig sind, sich ohne Passkontrollen frei bewegen können, ohne Angst vor Praxisgebühr und Kostenfalle zur Ärztin gehen können, etc. solange ist der Weg in eine emanzipierte Gesellschaft nicht in Sicht. Um sich von den Maßnahmen der Herrschenden nicht fortwährend in die Ecke drängen zu lassen und sich in Abwehrkämpfen zu verlieren, ist es nach wie vor nötig, linke Politik mit der Perspektive einer besseren Welt zu verknüpfen: Für ein schönes und selbst bestimmtes Leben jenseits von Angst und Kontrolle! Globale soziale Rechte weltweit erkämpfen!

FelS, Dezember 2007

Verschlüsselt mailen

Eine relativ bekannte – und gleichzeitig wegen ihrer (angeblichen) Kompliziertheit verschrieene – Methode zur Verschlüsselung von emails und Dateien ist *PGP* (Pretty good Privacy). Nach etlichen Querelen um die mittlerweile kommerziell vertriebene Software wurde 1998 als Ersatz für *PGP* der Verschlüsselungsstandard *OpenPGP* entwickelt. Mittlerweile hat sich das Programm *GnuPG* (GNU Privacy Guard) etabliert, es basiert wauf dem *OpenPGP*-Standard. Die Software ist frei für Linux, Mac und Windows zu haben.

Das Verschlüsselungsverfahren beruht auf einem hybriden Kryptographieverfahren, d.h. es kommen sowohl asymetrische als auch symmetrische Verfahren zum Einsatz.

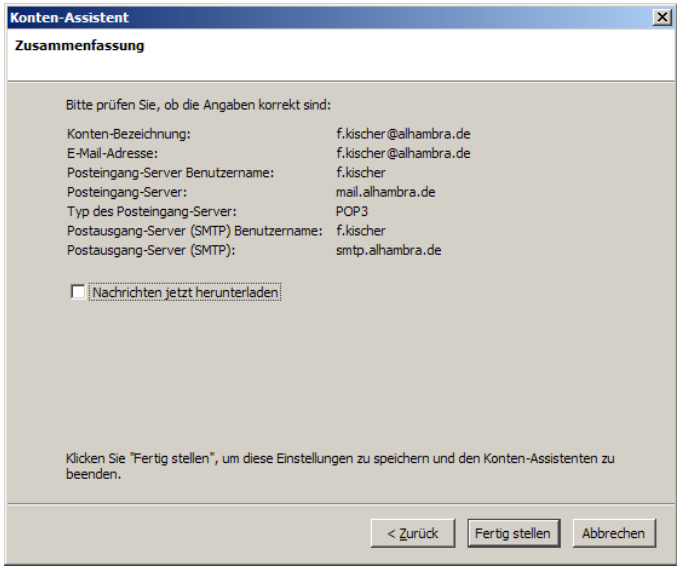
Bei symmetrischen Verfahren wird zum Ver- und Entschlüsseln der gleiche Schlüssel benutzt. Sender und Empfänger müssen sich also auf einen gemeinsamen Schlüssel einigen, bzw. einen Schlüssel austauschen. Das größte Problem bei symmetrischen Verfahren ist der Austausch des Schlüssels, da dieser auf einem absolut sicheren Weg erfolgen muss. Verstärkt wird das Problem noch dadurch, dass die Anzahl der benötigten Schlüssel rapide mit der Anzahl der verschlüsselt miteinander kommunizierenden Menschen steigt – bei n Personen sind n*(n-1)/2 Schlüssel nötig (bei 10 Personen sind also bereits 45 Schlüssel nötig).

Der größte Vorteil symmetrischer Verfahren ist allerdings die Geschwindigkeit, da schon relativ kurze Schlüssel eine sichere Verschlüsselung erlauben. So wird momentan eine Schlüssellänge von 128-Bit als ausreichend sicher angenommen (zur Veranschaulichung: es gibt 2^{128} (eine Zahl mit 39 Stellen) verschiedene Schlüssel und selbst alle Computer der Welt zusammen bräuchten mehr als 14 Mrd. Jahre (die Erde ist etwa 4,6 Mrd. Jahre alt), um alle Möglichkeiten zu probieren).

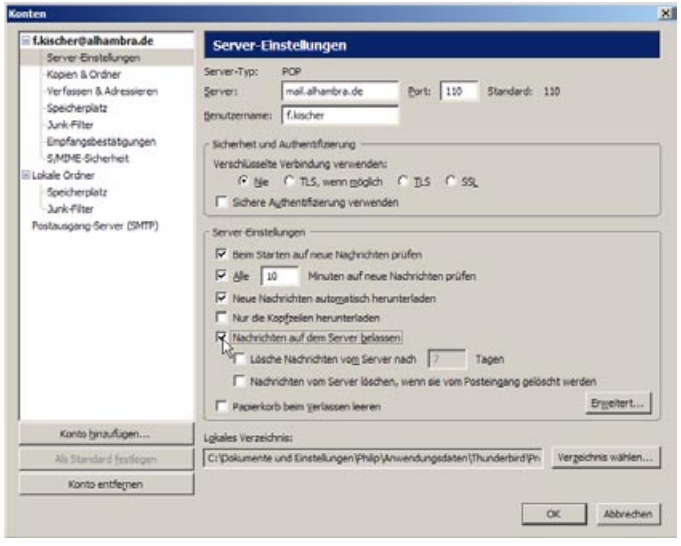
Asymmetrischen Verfahren beruhen auf einem Schlüsselpaar bestehend aus einen öffentlichen und einen privaten Schlüssel. Daten, die mit dem einen Schlüssel verschlüsselt wurden können nur mit dem anderen entschlüsselt werden. Hier besteht also nicht das Problem, dass der Schlüssel auf einem sicheren Weg ausgetauscht werden muss. Der öffentliche Schlüssel kann bedenkenlos über unsichere Verbindungen weitergegeben werden, da es nur zum Verschlüsseln und nicht zum Entschlüsseln verwendet wird.

Der Nachteil ist jedoch, dass die Schlüssellänge wesentlich (etwa Faktor 16) größer sein muss als bei symmetrischen Schlüsseln, um als sicher zu gelten.

Um mit *GnuPG* nun emails verschlüsseln zu können muss mensch seine emails etwa mit *Mozilla Thunderbird* (www.mozilla.com) abrufen. Nach der Installation des Programms kann mensch sein email-Konto einrichten, welche Daten ihr dort genau eingeben müsst hängt davon ab, wo ihr eure email-Adresse habt (gmx.de, web.de, Uni, etc.). Für die bekanntesten Anbieter haben wir die Daten zusammengestellt – im Zweifelsfall müsst ihr euch an euren Anbieter wenden und den fragen. Wenn ihr *Mozilla Thunderbird* das erste mal startet könnt ihr eine neues email-Konto erstellen, klickt euch durch den Assistenten und gebt die Daten ein. Es ist wichtig, dass ihr auf der letzten Seite „Nachrichten jetzt herunterladen" abwählt, damit die emails nicht vom Server gelöscht werden.



Wenn ihr die emails auch weiterhin per WebMail (also mit dem Browser) abrufen wollt müsst ihr *Mozilla Thunderbird* so einstellen, dass die emails nicht vom Server gelöscht werden. Klickt dazu mit der rechten Maustaste auf euer email-Konto und wählt ‚Eigenschaften'. Unter ‚Server-Einstellungen' müsst ihr den Punkt ‚Nachrichten auf dem Server belassen' aktivieren.



gmx.de
Posteingangs-Server: pop.gmx.net
Postausgangs-Server: mail.gmx.net
BenutzerInnenname: email-Adresse

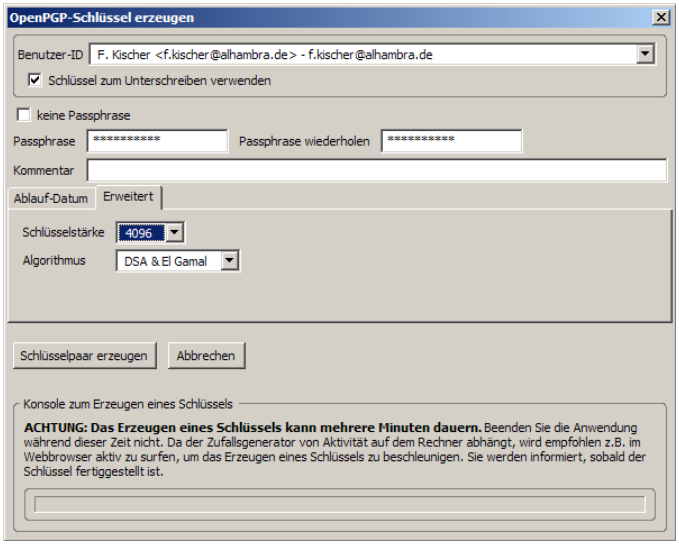
web.de
Posteingangs-Server: pop3.web.de
Postausgangs-Server: smtp.web.de
BenutzerInnenname: email-Adresse

yahoo.de
Posteingangs-Server: pop.mail.yahoo.de
Postausgangs-Server: smtp.mail.yahoo.de
BenutzerInnenname: BenutzerInnenname
Ihr müsst erst den POP3-Zugriff bei yahoo unter Optionen freischalten

Uni-Oldenburg
Posteingangs-Server: pop3.uni-oldenburg.de
Postausgangs-Server: smtp.uni-oldenburg.de
BenutzerInnenname: BenutzerInnenname

Im gleichen Fenster gibt es noch den Punk ‚Sicherheit und Authentifizierung', ihr solltet auf jeden Fall versuchen dort eine Verschlüsselung einzustellen, damit eure emails verschlüsselt zwischen dem Server und euch übertragen werden. Leider unterstützen nicht alle Anbieter diese Verschlüsselung, ihr müsst daher einfach ausprobieren welche funktioniert. Fangt an indem ihr ‚SSL' und ‚Sichere Authentifizierung' auswählt, ruft danach eure emails ab, wenn es keine Fehlermedung gibt ist alles ok, ansonsten müsst ihr die anderen Optionen durchprobieren. Stellt die Verschlüsselung auch für den Postausgangs-Server ein, damit auch die mails die ihr verschickt verschlüsselt zum Server übertragen werden.

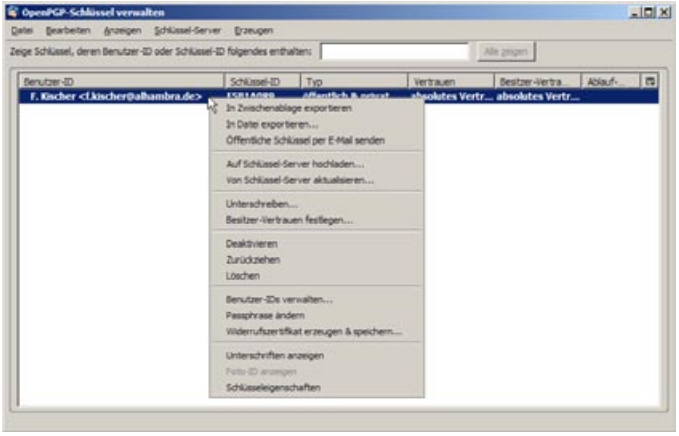
Zusätzlich muss mensch sich das Programm *gpg4win* von www.gpg4win.de herunterladen (die light-Version genügt) und installieren (hier genügt es bei der Installation ‚GnuPG' und ‚GPGee' auszuwählen). Außerdem muss noch das AddOn *Enigmail* (enigmail.mozdev.org) für *Mozilla Thunderbird* installiert werden, dazu das AddOn herunterladen, dann *Mozilla Thunderbird* öffnen und unter ‚Extras' ‚AddOns...' auswählen und in dem Fenster dann ‚Installieren...' wählen und die eben gespeicherte Datei auswählen. Danach muss *Mozilla Thunderbird* neu gestartet werden. Jetzt wählt unter ‚OpenPGP' den Punkt ‚Schlüssel verwalten...'. Ihr könnt euch erst einmal durch den Assistenten klicken, die Voreinstellungen



sind sinnvoll, klickt aber auf ‚Abbrechen', wenn ihr eure ‚Passphrase' eingeben sollt, die Voreinstellungen für den Schlüssel sind nicht gut. Um nun einen Schlüssel (bzw. richtiger ‚ein Schlüsselpaar') zu erzeugen wählt in dem Fenster ‚Erzeugen' aus und klickt auf ‚Neues Schlüsselpaar'.

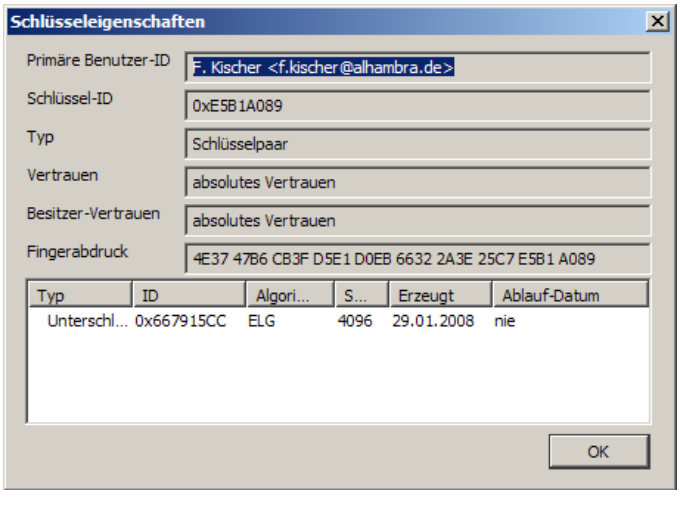
Gebt euer Passwort ein (wie ein sicheres Passwort aussieht haben wir in der Einleitung zu diesem Schwerpunkt erklärt), wählt aus ‚Schlüssel läuft nie ab' und stellt die Schlüssellänge unter ‚Erweitert' auf ‚4096'. Das Erzeugen des Schlüssels dauert einige Minuten – wichtig ist, dass ihr danach ein ‚Widerrufszertifikat' erzeugt und es an einem sicheren Platz verwahrt, also etwa auf ner Diskette die ihr irgendwo versteckt.

So, prinzipiell könnt ihr jetzt verschlüsselte emails schicken und empfangen. Praktisch stellt sich natürlich noch das Problem, wie ihr denn jetzt an den öffentlichen Schlüssel von Leuten denen ihr schreiben wollt kommt, bzw. wie Leute die euch schreiben wollen an euren öffentlichen Schlüssel kommen. Einmal gibt es die Möglichkeit, dass ihr allen Leuten denen ihr verschlüsselte mails schreiben wollt (bzw. die euch verschlüsselte mails schreiben sollen) euren öffentlichen Schlüssel per email schickt. Das geht sehr einfach, indem ihr auf ‚Verfassen' klickt, also eine neue email schreibt und dann unter ‚OpenPGP' den Punkt ‚Meinen öffentlichen Schlüssel anhängen' auswählt – denkt daran, das diese mail noch nicht verschlüsselt ist, ihr habt ja noch nicht den öffentlichen Schlüssel der/des Empfänger/in/s. Einfacher ist der Austausch von öffentlichen Schlüsseln, wenn ihr eure Schlüssel auf so genannten ‚Keyservern'/‚Schlüssel-Servern' hinterlegt. Das sind Server auf denen eine riesige Anzahl von öffentlichen Schlüsseln gespeichert ist. In der Schlüsselverwaltung klickt ihr mit der rechten Maustaste auf euren Schlüssel und wählt ‚Auf Schlüssel-Server hochladen...' aus. Der Vorteil Schlüssel über Keyserver auszutauschen erschließt sich leider erst im Laufe des Textes, wenn die Bedeutung von Unterschriften geklärt ist. Um auf Schlüssel-Servern zu suchen wählt ihr ‚Schlüssel-Server' aus und dann ‚Schlüssel suchen...'.



Zusätzlich zum Austausch der öffentlichen Schlüssel ist es wichtig zu überprüfen, das ihr wirklich den richtigen Schlüssel bekommen habt. Dazu dient der so genannte ‚Fingerprint'/‚Fingerabdruck' eines Schlüssels. Wenn ihr in der Schlüsselverwaltung mit der rechten Maustaste auf einen Schlüssel klickt und dann ‚Schlüsseleigenschaften' auswählt erscheint

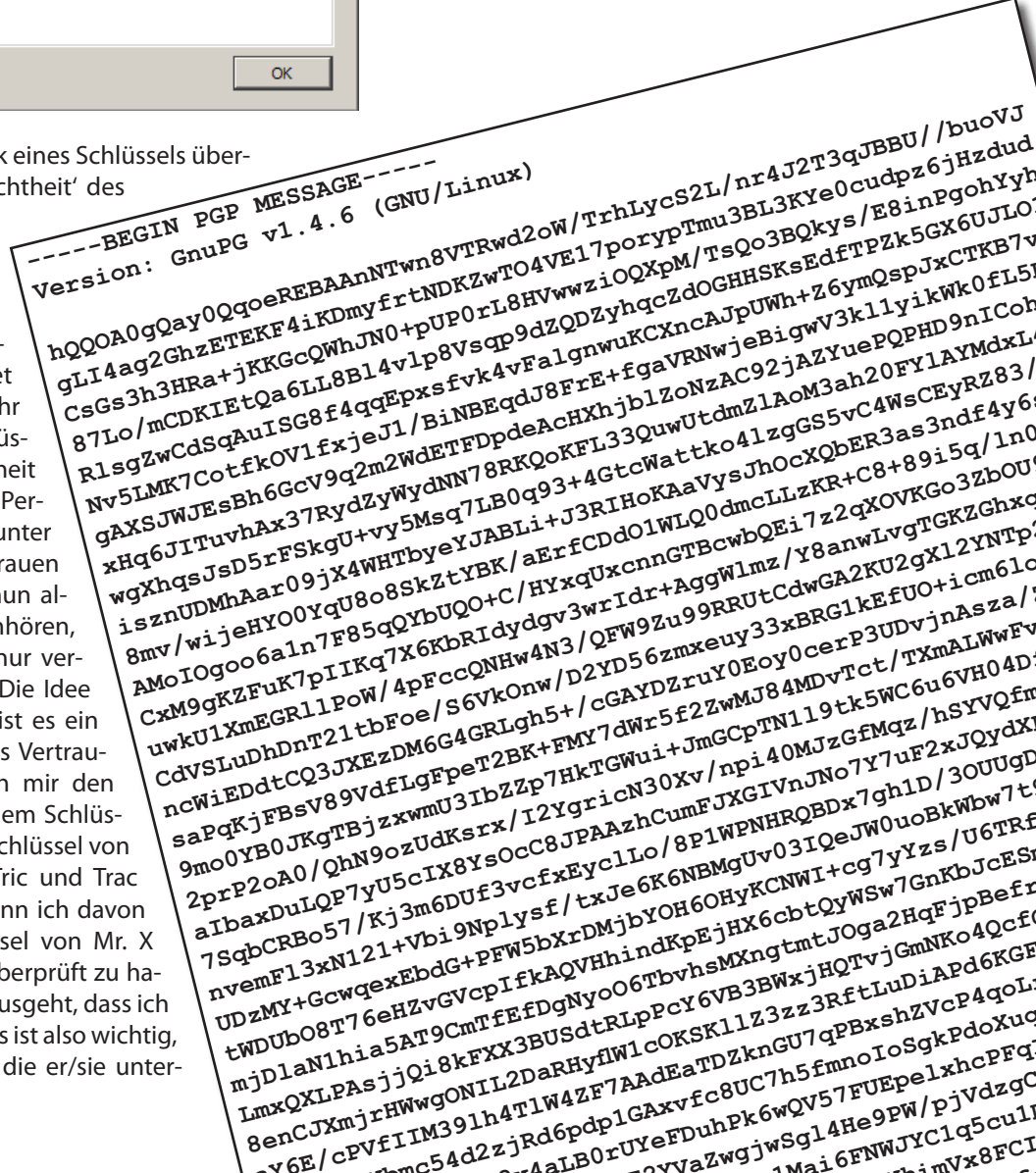
ein Fenster, in dem ihr den Fingerabdruck des Schlüssels seht – eine lange Kette von Zahlen/Buchstaben. Wichtig ist nun, dass diese Ziffernfolge mit der des ‚Originalschlüssels' übereinstimmt. Am einfachsten ruft ihr den/die InhaberIn des Schlüssels an und lasst euch den Fingerabdruck ihres/seines Schlüssels vorlesen und vergleicht diesen mit dem Fingerabdruck des Schlüssels den ihr von ihm/ihr bekommen habt. Wenn auch nur ein Zeichen im Fingerabdruck falsch ist, ist der Schlüssel verändert worden und damit nicht zu gebrauchen (Groß/Kleinschreibung spielt keine Rolle).



Wenn ihr den Fingerabdruck eines Schlüssels überprüft habt solltet ihr die ‚Echtheit' des Schlüssels mit eurer Unterschrift bestätigen, dazu klickt ihr mit der rechten Maustaste auf den Schlüssel und wählt ‚Unterschreiben...' aus, zusätzlich solltet ihr noch festlegen wie sehr ihr dem Besitzer des Schlüssels vertraut (nicht der Echtheit des Schlüssels, sondern der Person selbst), das geschieht unter dem Punkt ‚Besitzer-Vertrauen festlegen...'. Das mag sich nun alles etwas merkwürdig anhören, schließlich will mensch ja nur verschlüsselt kommunizieren. Die Idee hinter all diesen Angaben ist es ein ‚web-of-trust'/‚Netzwerk des Vertrauens' aufzubauen. Wenn ich mir den Schlüssel von Mr. X von einem Schlüssel-Server lade und dieser Schlüssel von meinen FreundInnen Tic, Tric und Trac unterschrieben ist, dann kann ich davon ausgehen, dass der Schlüssel von Mr. X gültig ist, ohne ihn selbst überprüft zu haben (wenn mensch davon ausgeht, dass ich Tic, Tric und Trac vertraue). Es ist also wichtig, dass mensch die Schlüssel die er/sie unterschrieben hat auch wieder auf den Schlüssel-Server hochläd und regelmäßig alle Schlüssel aktualisiert (‚Schlüssel-Server'->'Ausgewählte Schlüssel aktualisieren').

Wenn ihr jetzt Leuten eine verschlüsselte email schreiben wollt, klickt auf ‚Verfassen', in der rechten Ecke des Fensters sind ein Stift und ein Schlüssel abgebildet, wenn ihr auf den Schlüssel klickt (er leuchtet danach grün) wird die Nachricht verschlüsselt – den richtigen Schlüssel sucht *Enigmail* automatisch anhand der email-Adresse.

Ein weiteres interessantes Programm ist *FireGPG* (firegpg.tuxfamily.org). Dieses AddOn für *Mozilla Firefox* ermöglicht es emails direkt im Browser zu ver-/entschlüsseln und ist so etwa eine Alternative für Leute deren email-Anbieter nur WebMail anbietet. FireGPG bietet allerdings selbst keine Schlüssel-Verwaltung an, ihr müsst dann zusätzlich bei der Installation von *gpg4win* die Komponente‚WinPT' auswählen um eure Schlüssel verwalten zu können.



TrueCrypt – Meine Daten gehören mir!

Emails zu verschlüsseln ist der eine Punkt, persönliche Daten – seien es nun Briefe an Oma, ein neues Flugblatt oder Bauanleitungen – sollten ebenfalls geschützt werden.

Naheliegend ist, einfach die Festplatte zu verschlüsseln und schon kommt niemand mehr an die Daten. So einfach ist das aber nicht, Windows bietet nicht die Möglichkeiten dazu (das Passwort, das mensch beim Start eingibt sorgt eben nicht dafür!).

Ein sehr einfach zu bedienendes Programm, dass die kann ist *TrueCrypt*, wie alle hier vorgestellten Programme ist es OpenSource-Software. Grundlegend stehen zwei Funktionsweisen von *TrueCrypt* zur Verfügung. Zum einen kann der gesamte Computer verschlüsselt werden und zum anderen können einzelne Festplatten, USB-Sticks, etc. verschlüsselt werden bzw. auf einem existierenden Datenträger sogenannte Container Dateien angelegt werden die dann als Virtuelles Laufwerk wie normale Festplatten ins System eingebunden werden.

Wir geben hier eine kurze Anleitung, wie mensch seinen gesamten Computer verschlüsseln kann und wie solch ein verschlüsselten Container erstellt und benutzt werden kann.

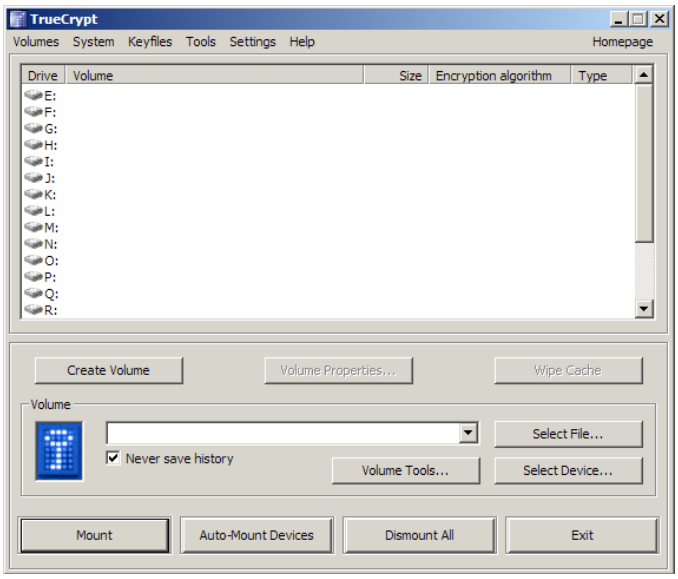
Bevor es los geht ist wichtig noch einmal zu betonen, dass ein verschlüsselter Container, in dem alle wichtigen Daten gespeichert sind noch nicht garantiert, dass die Bullen (oder sonst wer) nicht doch an die Daten kommen. Das liegt daran, dass unter Windows jedes Programm Kopien der geöffneten Dokumente im Arbeitsspeicher und auf der Festplatte (außerhalb des Containers) ablegt (sog. „temporäre Dateien"). Zwar löschen die Programme diese Dateien normalerweise auch wieder, trotzdem lassen sie sich wieder herstellen. Was mensch dagegen tun kann könnt ihr auf im nächsten Artikel nachlesen.

Wir empfehlen daher dringen den gesamten Computer zu verschlüsseln, da dann keine unverschlüsselten Daten mehr auf der Festplatte liegen!

Es unserer Meinung nach sehr sinnvoll seine Daten verschlüsselt auf der Festplatte abzulegen. Zum einen wird es so für die Bullen sehr viel aufwändiger Daten zu finden und zum anderen schärft es hoffentlich das Bewusstsein dafür, was mensch zu Hause auf seinem Rechner tut und was nicht (ja, wir wissen, dass das etwas oberlehrerhaft‚rüber kommt!).

Das Programm *TrueCrypt* kann auf www.truecrypt.org herunter geladen werden. Momentan ist Version 5.0a aktuell, auf diese Version bezieht sich die Anleitung.

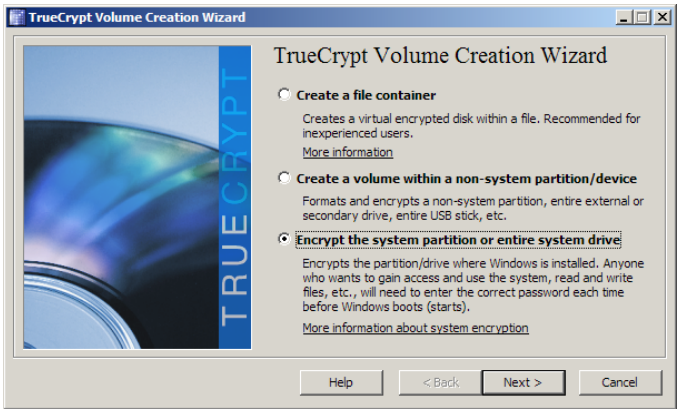
Nach dem Herunterladen wird die Installation mit der Datei ‚TrueCrypt Setup 5.0a.exe' gestartet. Nach der Installation kann *TrueCrypt* über Start -> Programme -> TrueCrypt -> TrueCrypt starten. Es öffnet sich ein Fenster, was etwa so aussieht:



Wenn du willst, kannst du dir noch ein Sprachpaket runterladen, um eine deutsche Oberfläche zu bekommen. Dazu musst du unter ‚Settings -> Language...' gehen. Dort findest du den Link ‚Download language pack'. Die Datei die du dir auf der Homepage runterlädst musst du entpacken und die Datei ‚Language.de.xml' in das Verzeichnis ‚C:\Programme\TrueCrypt' kopieren. Wenn du jetzt *TrueCrypt* neu startest kannst du das deutsche Sprachpaket auswählen.

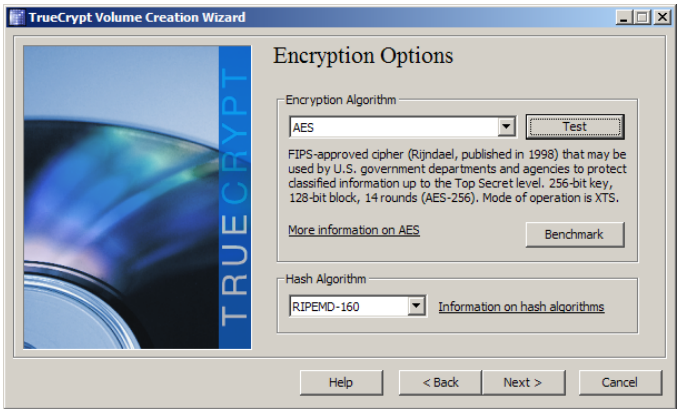
Im ersten Teil der Anleitung beschreiben wir, wie du deinen gesamten Computer verschlüsseln kannst, der zweite Teil erklärt, wie du verschlüsselte Container, bzw. Datenträger erstellst (etwa USB-Sticks auf denen du Daten zwischen verschiedenen Rechnern transportierst).

Als erstes klickst du auf ‚Create Volume' und siehst etwas dieses Fenster:



Hier wählst du den untersten Punkt aus und klickst auf ‚Next' klicken. Im nächsten Fenster wählst du ‚Encrypt the whole drive' aus. Im nächsten Fenster wird nach ‚Hidden Sectors' gesucht und es erscheint ein Fenster in dem du zwischen ‚Singel-boot' und ‚Multi-Boot' entscheiden musst. Wenn du nur Windows aus deinem Computer installiert hast (das ist fast immer so), dann nimm ‚Single-boot', wenn du noch ein anderes Betriebssystem installiert hast wähle ‚Multi-boot' aus und klicke auf ‚Next'.

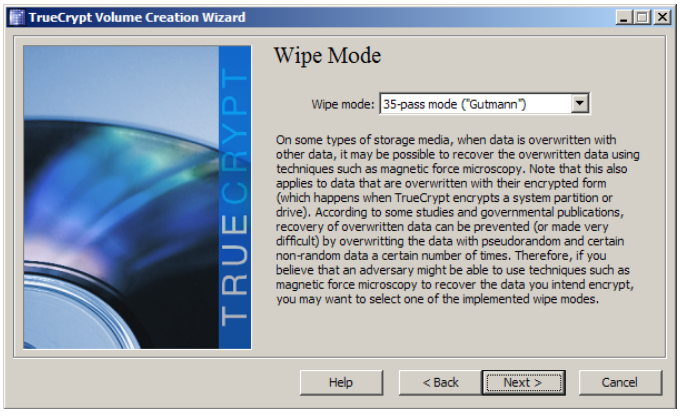
Die ‚Encryption Options' im nächsten Fenster kannst du so lassen wie sie sind, das Fenster sollte so aussehen:



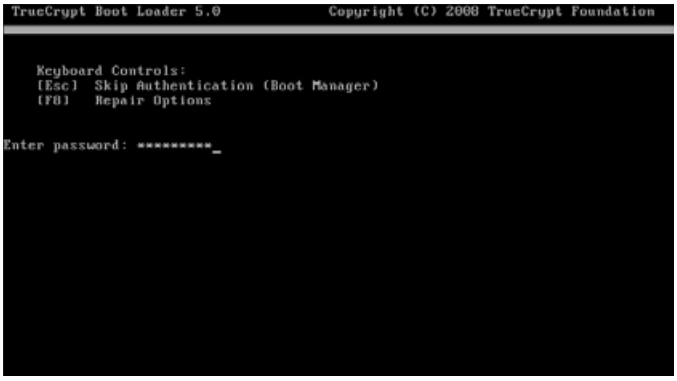
Gib im nächsten Fenster ein Passwort ein, zu sicheren Passwörtern kannst du ein paar Tipps in der Einleitung zum Schwerpunkt nachlesen. Im nächsten Fenster werden aus deinen Mausbewegungen Zufallszahlen erzeugt um eine sichere Verschlüsselung zu gewährleisten. Bewege also die Maus einige Sekunden in dem Fenster (die Zahlen in dem Fenster sollten sich ändern!) und klicke dann auf ‚Next'. Die angezeigten Schlüssel kannst du mit einem klick auf ‚Next' bestätigen.

Danach wird eine ‚Rescue CD' erstellt, das ist notwendig, damit du falls Windows einmal einen Fehler hat trotzdem noch an deine Daten kommst. Du musst das erstellte CD-Abbild auf eine CD brennen (etwa mit Nero: ‚Rekorder->Image brennen') und diese in dein CD-Laufwerk einlegen, sonst kannst du nicht fortfahren.

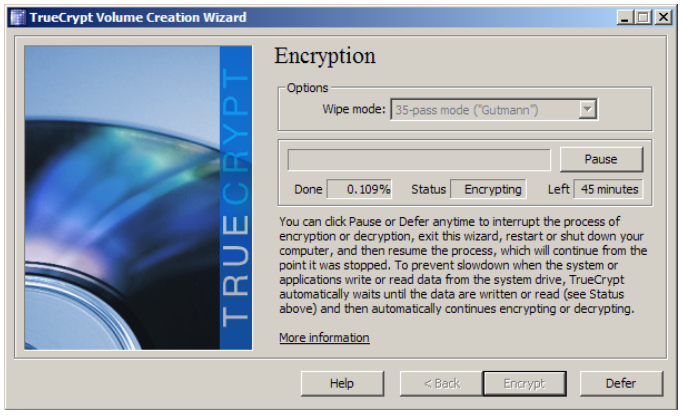
Als nächstes wird festgelegt, wie die unverschlüsselten Daten gelöscht werden sollen (‚Wipe Mode'), hier solltest du ‚35-pass-mode („Gutmann")' auswählen (siehe nächsten Artikel):



Jetzt muss dein Computer neu gestartet werden um sicher zu gehen, dass alles klappt, beim Starten wirst du nach dem eben gewählten Passwort gefragt:



Wenn alles geklappt hat erscheint nach dem Neustart ein Fenster mit ‚Pretest Copleted' und du kannst auf ‚Encrypt' klicken. Erst jetzt wird deine Festplatte wirklich verschlüsselt – die gespeicherten Daten und Programme bleiben natürlich erhalten:

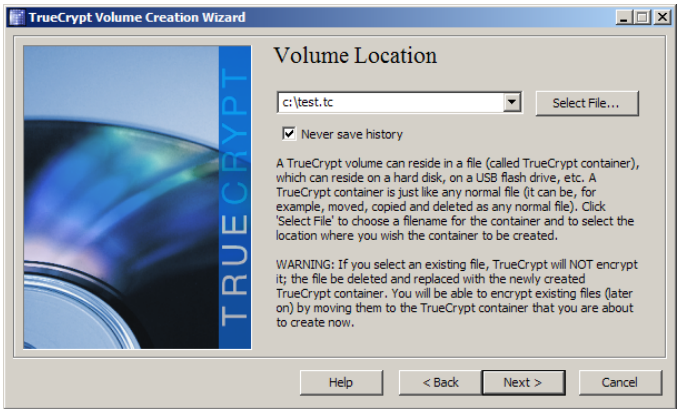


Das Verschlüsseln der Festplatte kann einige Stunden dauern, je nachdem wie groß eure Festplatte ist, nachdem das beendet ist starte deinen Computer neu, du wirst jetzt bei jedem Start nach deinem Passwort gefragt, erst wenn du das eingegeben hast wird Windows gestartet.

Super, deine gesamte Festplatte ist jetzt verschlüsselt, ohne das Passwort kommt jetzt niemand mehr an deine Daten!

Um nun Daten sicher zwischen verschiedenen Computer austauschen zu können, etwa per USB-Stick, oder um Backups anzulegen ist es praktisch verschlüsselte Container zu erstellen. Dazu klickst du wieder auf ‚Create Volume' und wählst diesmal den ersten Punkt ‚Create a file container'. Im nächsten Fenster kannst du einfach ‚Next' klicken, was ein ‚Hidden volume' ist kannst du im handbuch nachlesen, normalerweise ist ein ‚Standard volume' völlig ausreichen.

Im nächsten Fenster wirst du nach dem Speicherort und dem Namen für das Volume gefragt. Der Name der Datei sollte möglichst wenig über den Inhalt aussagen, Dateinamen wie ‚Nazibilder' oder ‚Politkram' sind ziemlich ungeeignet.



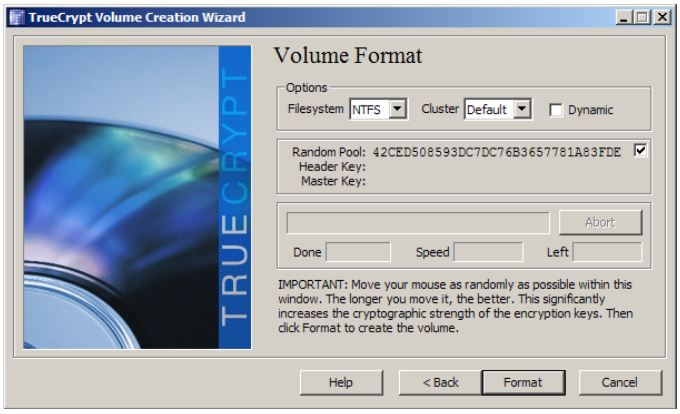
Wenn du dich für einen Namen und einen Speicherort (evtl. hast du zwei Festplatten ‚c:\' und ‚d:\', dann wähle die mit dem meisten freien Speicherplatz aus, oder eben deinen USB-Stick) entschieden hast, klicke auf ‚Next'.

Im nächsten Fenster kannst du den Verschlüsselungs-Algorithmus festlegen, normalerweise sollten die Voreinstellungen stimmen, kontrolliere die aber noch mal mit den ‚Encryption Options' im ersten Teil dieser Anleitung, davon hängt ab, wie sicher die Verschlüsselung ist.

Jetzt musst du noch die Größe des Containers festlegen. Hier kommst es sehr stark darauf an, wie groß deine Festplatte ist, wie viel Speicherplatz deine Daten bisher einnehmen und was du alles in dem Container speichern willst. Ein Richtwert ist sicher, dass etwa 4000 MB (4 GigaByte) oder mehr frei bleiben sollten auf der Festplatte. Wenn eure Festplatte mit dem Dateisystem FAT32 formatiert ist, kann der Container nicht größer als 4GB sein, TrueCrypt gibt dann eine Fehlermeldung aus. Wenn ihr trotzdem einen größeren Container braucht, könnt ihr eure Festplatte in das NTFS-Dateisystem konvertieren. Dazu geht ihr auf ‚Start' -> ‚Ausführen' und tippt dann ‚convert c: /fs:ntfs' ein (bzw. anstelle von ‚c:' das Laufwerk, was ihr konvertieren wollt).

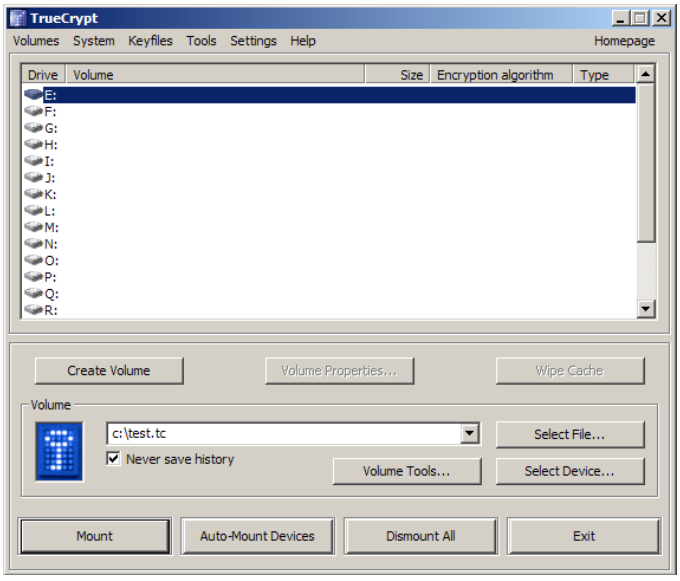
Im nächsten Fenster wirst du nach dem Passwort für den Container gefragt, zu sicheren Passwörtern haben wir etwas in der Einleitung zu diesem Schwerpunkt geschrieben.

Wenn du das Passwort angegeben hast kann der Container formatiert werden, auch hier sind die Voreinstellungen OK.



Wenn die Formatierung abgeschlossen ist (das kann einige Minuten dauern) kannst du auf ‚Exit' klicken.

Um nun auf das erstellte *TrueCrypt*-Laufwerk zugreifen zu können muss mensch es ‚Einbinden'. Dazu klickt mensch im Hauptfenster auf ‚Select File...' und wählt den eben erstellen Container aus. In der oberen Liste wählt mensch einen Laufwerksbuchstaben aus, welcher ist egal und klickt auf ‚Mount'.



Im nächsten Fenster muss mensch nun das Passwort eingeben, aus Sicherheitsgründen sollte mensch die Option „Kennwort u. Schlüsseldat. im Cache halten" abwählen.

Nachdem mensch das Passwort eingegeben taucht der Container als normale Festplatte im ‚Arbeitsplatz' auf, im Hauptfenster von *TrueCrypt* erscheint das Laufwerk ebenfalls.

So, wenn du nicht deinen gesamten Computer verschlüsselt hast ist es jetzt Zeit deine Daten auch wirklich in den verschlüsselten Container zu kopieren und ab jetzt darauf zu achten Daten immer im verschlüsselten Container (und nicht etwa unter ‚Eigene Dateien') zu speichern.

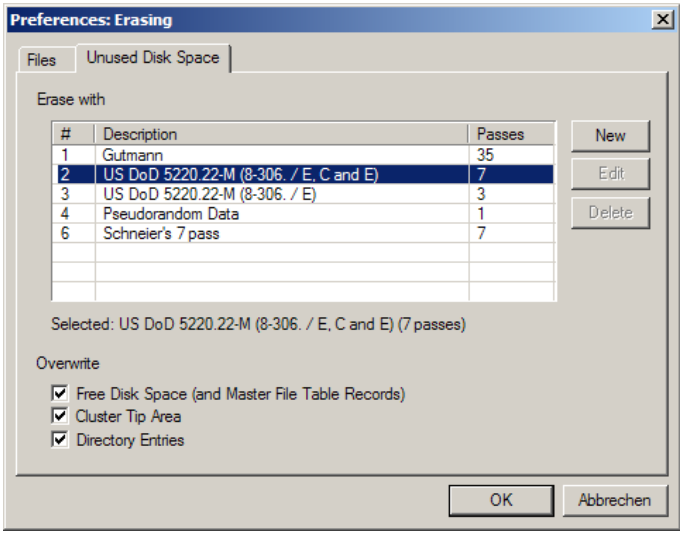
Wenn du dich davon überzeugt hast, dass wirklich alle Daten im Container gespeichert sind solltest du die Daten an dem alten Speicherort löschen, wie du das sicher machen kannst findest du im Artikel auf der nächsten Seite.

Sicher löschen und Spuren beseitigen

Alle Programme (na gut fast alle) legen Kopien der geöffneten Dateien im Arbeitsspeicher und auf der Festplatte ab (sog. „temporäre Dateien“). Zwar löschen die Programme diese Dateien normalerweise auch wieder, trotzdem lassen sie sich wieder herstellen. Das liegt daran, dass durch normales Löschen die Dateien physikalisch auf der Festplatte bleiben, lediglich die Verweise auf die Dateien werden aus der Dateisystemtabelle gelöscht und der Speicherplatz damit wieder freigegeben. Erst wenn neue Dateien erstellt werden, werden die gelöschten Dateien durch diese überschrieben – das jedoch häufig nicht vollständig, so dass mensch aus den Resten die Daten rekonstruieren kann. Wer das selbst mal ausprobieren will kann sich etwa das Programm *undelete plus* aus dem Internet laden.

Nun gibt es spezielle Programme, die Dateien sicher löschen, indem sie den Speicherplatz bis zu 35 mal überschrieben (sieben mal gilt allerdings als ausreichend). Dadurch können Daten anschließend nicht wiederhergestellt werden. Ein sehr gutes Programm ist *Eraser*, auf sf.net/projects/eraser/ kann mensch die Datei ‚EraserSetup32.exe‘ runterladen und installieren.

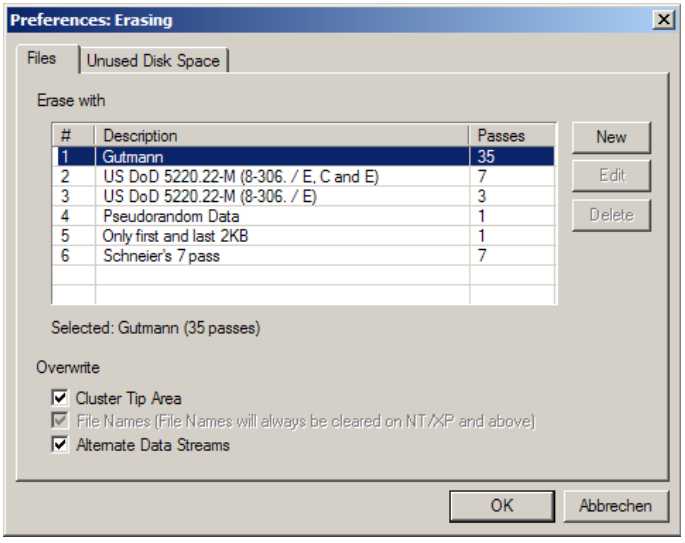
Als erstes ist es wichtig – vor allem, wenn mensch gerade verschlüsselte Festplatten angelegt und wichtigen Daten dorthin verschoben hat – den freien Speicherplatz sicher zu löschen, damit die bisher gelöschten Daten nicht wieder hergestellt werden können. Öffne dazu den Arbeitsplatz und klicke mit der rechten Maustaste auf eine unverschlüsselte Festplatte. Wähle in dem sich öffnenden Kontextmenü den Eintrag ‚Erase unused Space‘. Klicke in dem sich öffnenden Fenster auf die Schaltfläche ‚Options‘.



Wähle die Registerkarte ‚Unused Disk Space‘ und wähle die zweite Lösch-Methode „US DoD 5220.22-M (.8-306. / E, C and E)“. Überprüfe außerdem dass alle drei Häkchen bei „Overwrite“ gesetzt sind. Wechsele nun auf die Registerkarte „Files“ und wähle dort die erste Methode „Gutmann“, achte wieder darauf, dass unter „Overwride“ alle Häkchen gesetzt sind.

Bestätige die Einstellungen mit ‚OK‘ und starte den Löschvorgang durch Klicken auf „Yes“. Das Löschen dauert wahrscheinlich einige Stunden, der Vorgang sollte anschließend für alle weiteren unverschlüsselten Festplatten wiederholt werden.

Um einzelne Dateien sicher zu löschen markiere sie, drücke die rechte Maustaste und wähle dann „Erase“. Mit der Funktion „Erase secure move“ kannst du Dateien sicher verschieben, die Datei wird also in den neuen Ordner kopiert und die alte Datei sicher gelöscht. Sehr nützlich ist auch die Funktion, den Papierkorb sicher zu leeren (rechte Maustaste -> „Erase (Gutmann)“), ihr könnt also ganz normal Dateien löschen und dann den Papierkorb sicher leeren, damit werden dann alle Dateien die im Papierkorb waren sicher gelöscht.



Ratsam ist es auch, ein Programm zu installieren, das weitere Spuren, etwa Cookies oder die Liste der zuletzt geöffneten Dokumente, die bei der ganz normalen Benutzung von Windows entstehen, löscht. Ein gutes Programm dafür ist *CCleaner* (www.ccleaner.com). Leider ist dieses Programm nicht Open-Source, vertraue dem Programm daher nicht blind und stell das Programm so ein, dass es die Dateien sicher löscht (unter ‚Einstellungen‘, wieder mit „Gutmann“).

Wir wissen wo du bist und wen du triffst

oder: How handy is your Handy?

Durch die Vorratsdatenspeicherung, die Anfang 2008 in Kraft getreten ist, sind Mobilfunkanbieter gezwungen alle Verbindungsdaten für sechs Monate zu speichern. Zu den gespeicherten Daten gehören die eindeutigen Kennungen von Telefon (IMEI) und SIM-Karte (IMSI), anrufende und angerufene Telefonnummer, Datum/Uhrzeit und die Position sowie die Richtung der jeweils genutzten Funkzellen. Die genutzte Funkzelle wird also nur gespeichert, wenn telefoniert wird, SMS gesendet/empfangen werden. Normalerweise ist mit diesen Daten nur ein sehr grobes Bewegungsprofil zu erstellen. Funkzellen haben normalerweise eine Ausdehnung von etwa 100 m bis einige Kilometer. In Städten sind Größen zwischen 100 m und 300 m üblich. Diese Daten werden auf jeden Fall gespeichert, egal, ob ihr gerade überwacht werdet oder nicht. Für den Fall der Überwachung lässt sich die Positionsbestimmung noch verfeinern.

Grundsätzlich gilt, ohne dass das Handy Daten sendet/empfängt ist keine Ortung möglich. Um nun das Senden von Daten zu provozieren werden so genannte „stille SMS" benutzt. Das sind keine wirklichen SMS und das Handy zeigt sie auch nicht an, was wirklich gemacht wird ist, dass dem Handy erzählt wird, es würde einen Anruf oder eine SMS bekommen und möge sich doch bitte mal melden, anstatt dann aber Daten geschickt zu bekommen wird dem Handy nur ein „sorry, wir haben uns geirrt" geschickt. Damit sind genug Daten übertragen worden, um aus der Zeit, die die Daten vom Handy zur Antenne und zurück brauchen den Abstand von der Antenne zu berechnen. Da die Antennen immer in eine bestimmte Richtung (mit einem Öffnungswinkel von 120°) strahlen ist die Position ziemlich genau festgelegt.

Vielleicht noch ein Tipp, der sich aus der Auswertung der Protokolle der aktuellen §129(a)-Verfahren ergibt: Lasst euer Handy lieber angeschaltet irgendwo liegen wenn ihr es nicht dabei haben wollt, als es auszuschalten. Ausgeschaltete Handys sind für die Bullen immer ein Indiz für besondere Konspirativität. Außerdem haben die Bullen schon häufiger so absurde Sachen gebracht wie: „Der hatte sein Handy zur Anschlagszeit aus, also ist er verdächtig".

Neben der Ortung von Handys geht es auch oft um das Abhören mit Handys bzw. das Abhören von Handys.

Das Abhören von Handygesprächen oder SMS ist genauso schwer oder einfach wie das Abhören von normalen Telefonaten. Dagegen muss zum Abhören von Räumen mit Handys die Software des Handys verändert werden [oder mensch nimmt an, dass die Hersteller bereits solche Hintertüren eingebaut hätten, was aber in allen bekannten Fällen nicht der Fall war]. Die Software des Handys muss so verändert werden, dass Anrufe automatisch angenommen werden und die „Freisprecheinrichtung" aktiviert wird, außerdem darf sich das Handy nicht mehr wirklich abschalten, sondern nur noch Display und Tastatur sperren, aber trotzdem im Netz eingebucht bleiben.

Solche Veränderungen können nur bei Handys durchgeführt werden, die die Funktion besitzen Updates über das Handynetz aufzuspielen. Diese Funktion haben vor allem teure und/

oder neue Handys mit Kamera, MP3-Player etc. ältere oder auch einfache Handys besitzen solche Funktionen dagegen nicht. Bei solchen Handys müssten die Bullen das Handy haben und mit spezieller Hardware neue Software aufs Handy spielen, sonst lässt sich die Software nicht verändern.

Eine Schwachstelle hat ein manipuliertes Handy allerdings. Die Daten müssen irgendwie über das Handynetz und das lässt sich sehr leicht und vor allem billig detektieren. Es gibt so genannte Anrufmelder, die eingehende Handyanrufe anzeigen. Das funktioniert indem diese Geräte die Funkwellen zwischen Handy und Netz erkennen und anzeigen. Diese Geräte gibt es in verschiedensten Ausführungen, als Schlüsselanhänger mit Lichtanzeige für etwa zwei Euro, erhältlich sind sie im Telefonladen oder auch bei vielen Internethändlern.

Baut ein Handy im ausgeschalteten Zustand eine Verbindung auf oder wird bei eingeschalteten Gerät dauernd eine Verbindung angezeigt, obwohl damit weder telefoniert wird, noch dass eine SMS eingeht, dann ist irgend etwas faul. So entdeckt mensch übrigens auch so genannte „stille SMS". Allerdings muss mensch auch wissen, dass Handys sich regelmäßig beim Handynetz melden, die Häufigkeit hängt vom Netz ab. Das ist völlig normal und hat nichts damit zu tun, dass das Handy überwacht wird. Solche Verbindungen sind allerdings sehr kurz, wenn ein Raum mit dem Handy überwacht wird, muss die Verbindung die ganze Zeit bestehen, das heißt, es müsste die ganze Zeit der Anrufwarner anspringen. Stille SMS sind auch nur kurze Übertragungen, aber dafür werden die regelmäßig gesendet, zum Beispiel im Minutentakt. Fragt im Zweifel jemanden, der sich technisch besser auskennt oder schaut euch an wie der Anrufwarner bei anderen Handys reagiert.

Das Abhören von Räumen mit manipulierten Handys wird in Einzelfällen sicher stattfinden, aber es verlangt relativ viel Logistik beim Angreifer und wird daher eher selten eingesetzt, die Ortung von Handys und damit die Erstellung von Bewegungsmustern ist die weit aus größere Gefahr.

Klar sein sollte aber trotzdem, dass Handys auf (konspirativen) Treffen nichts zu suchen haben, denn wer kann schon ausschließen, dass die Bullen einem nen manipuliertes Handy untergeschoben haben, außerdem können so die Bullen relativ leicht rausbekommen, wer sich denn dort gerade trifft, indem sie so genannte IMSI-Catcher einsetzen. Das sind Geräte, die Handys vortäuschen eine Funkzelle zu sein, folglich loggen sich die Handys im Umkreis des IMSI-Catchers bei diesem ein und die Betreiber des Catchers können feststellen welche Handys sich gerade in der Umgebung befinden und diese durch IMSI bzw. IMEI einzelnen Leuten zuordnen.

HAUSDURCHSUCHUNG. WAS TUN?

Versuche möglichst ruhig zu bleiben!
Sofort und solange es noch geht, Freundinnen oder beim EA anrufen. Diese sollen sich um Anwältinnen und Beobachterinnen kümmern.

Lass dir den Durchsuchungsbeschluss zeigen und lies ihn möglichst ruhig und genau durch. Sage den Beamten, sie sollen solange warten.

– Auf welche Namen lautet der Beschluss?
– Welche Räumlichkeiten sollen durchsucht werden?
– Wie lautet der Vorwurf bzw. der Verdacht?
– Stehen weitere Namen auf dem Beschluss?
– Was soll gesucht werden?
– Gibt es einen Haftbefehl?

Bei »Gefahr im Verzug« gibt es keinen Durchsuchungsbeschluss. Diese Begründung wird von der Polizei verwendet, um ohne richterlichen Beschluss in deine Wohnung einzudringen. Bestehe auf einen Beschluss und lege Widerspruch ein. Das ist leider oft wirkungslos – probiere es trotzdem!

Wenn du jetzt noch telefonieren kannst, dann gib diese Informationen weiter. **Auf jeden Fall hast du das Recht mit deiner Anwältin zu telefonieren.**

Widersprich der Durchsuchung und lass deinen Widerspruch protokollieren. Die Beamten und du sollten ihn unterschreiben. Durch den Widerspruch ist es den Beamten nicht erlaubt, schriftliche Aufzeichnungen (Tagebücher, Adressbücher, …) durchzulesen, sie dürfen sie lediglich sichten. Die Papiere müssen versiegelt werden und nur eine Richterin oder ein Staatsanwalt dürfen sie lesen. Auch für ein späteres Verfahren ist der Widerspruch von Nutzen.

Durchsucht werden dürfen nur die Räume von der Person, auf die der Beschluss ausgestellt ist. Bei Eheleuten ist das schwierig, weil davon ausgegangen wird, dass sie die Räume der Partnerin oder des Partners jeweils mitbenutzen (trotzdem versuchen). Bei sogenannten eheähnlichen Lebensgemeinschaften versuchen sie das Konstrukt von Ehe. Die Annahme, du würdest die Räume deines Freundes oder deiner Freundin nutzen, ist eine Unterstellung.

Bei Wohn- und Hausgemeinschaften ist völlig klar, dass die Räume von Nicht-Beschuldigten nicht betreten werden dürfen. Durchsucht werden dürfen zusätzlich zu den Zimmern der/des Betroffenen nur Gemeinschaftsräume, wie Küche, Bad, Stube, Keller, Dachboden und Nebengebäude, wenn sie der WG zur Verfügung stehen und nicht vermietet sind. Kinderzimmer dürfen nur in Augenschein genommen werden. Nur bei offensichtlicher Mitbenutzung durch die oder den Beschuldigten nehmen sie sich das Recht, doch herumzuschnüffeln.

Bedenke, dass PCs, Laptops und Datenträger beschlagnahmt und/oder deren Daten kopiert werden können. Es ist sinnvoll Backups von Dingen wie z. B. Haus- oder Magisterarbeiten zu fertigen, die sich aber nicht in der Wohnung befinden sollten. Obwohl es bei politischen Hausdurchsuchungen noch selten Thema war, sei auf die strafrechtliche Relevanz von MP3- und Filmsammlungen zweifelhafter Herkunft hingewiesen.

Es verlangt viel verbale Kraft, die Durchsuchung einzelner Räume zu verhindern, lohnt sich aber!

Die Beamten versuchen meist alle Räume gleichzeitig zu durchsuchen. **Bestehe darauf, dass du oder eine von dir bevollmächtigte Zeugin in jedem Raum dabei sein kann.** Die Durchsuchung also Raum für Raum stattfindet – womöglich haben sie ja etwas mitgebracht (Papiere, Wanzen, …).

Das Anwesenheitsrecht hast du auf jeden Fall, auch wenn von der Polizei üblicherweise Mitarbeiterinnen der Stadt/Verwaltung als Zeuginnen mitgebracht werden. Wenn dir vertraute Beobachterinnen schon herbeigeeilt sind, kannst du sie als Zeuginnen benennen. Ebenso natürlich die Anwältin.

Wenn die Beamten Unterlagen, die du ständig brauchst, zur Beschlagnahme sichten, entsteht eine Situation, in der du abwägen kannst: Natürlich gilt bei der gesamten Durchsuchung der Grundsatz nicht mit den Herren und Damen zusammenzuarbeiten, aber wenn sie die Papiere lesen dürfen, lassen sie sie unter Umständen da.

Wir schreiben hier nur von Räumen. **Denke aber auch daran, dass dies genauso für Fahrzeuge und deren Unterstände (Garagen) gelten kann.** Hier wird oft versucht, einen Verstoß gegen die StVO zu ahnden (fehlender Verbandskasten, ASU, TÜV, …).

Am Ende der Durchsuchung wird ein Durchsuchungsprotokoll geschrieben. Alles was sie mitnehmen, sollte möglichst genau (Titel, Farbe, Größe und Fundort) aufgelistet werden, damit nichts verwechselt oder hinzugefügt werden kann.

Auch wenn nichts mitgenommen wird, muss dies protokolliert werden. Streichungen sollen Protokollantin und Zeugin jeweils extra unterschreiben. Du jedoch nicht.

Aus dem Formular muss hervorgehen, dass du mit alldem nicht einverstanden bis und dass du eine richterliche Überprüfung der Durchsuchung beantragst. **Lies das Protokoll in Ruhe durch, damit du alles mitkriegst.** Wenn du etwas nicht verstehst, frag nach. Wenn etwas fehlt, verlange, dass es nachgetragen wird, z. B. tatsächlich durchsuchte Räume, beschlagnahmte Gegenstände, widerrechtlich Durchsuchtes, wie z. B. Zimmer anderer Personen, Firmenwagen o. ä. **Es ist genügend Zeit, der Tag ist dir sowieso versaut.**

Du wirst aufgefordert, das Protokoll zu unterschreiben, solltest es aber bleiben lassen. Im Gegensatz dazu muss der Einsatzleiter und Zeuge auf jeden Fall unterschreiben. **Durchschlag unbedingt aushändigen lassen!**

NACH DER DURCHSUCHUNG

Schreib möglichst bald ein eigenes Protokoll der Durchsuchung. Es sollte Zeiten, Ablauf, Wortwechsel enthalten. Liste die beschlagnahmten Sachen auf, wenn Erinnerungsergänzungen zu dem offiziellen Protokoll nötig sind. Schreibe in dein Gedächtnisprotokoll auch alle Besonderheiten und Abläufe, die dir merkwürdig vorgekommen sind oder Fragen aufwerfen.

Das alles soll nun fix zu einer Anwältin deines Vertrauens. Sie wird dich über weitere rechtliche Schritte informieren.

Wenn z. B. deine Tagebücher, Kalender und sonstige Unterlagen oder Dinge, die eindeutig jemand anderem gehören, mitgenommen wurden, überlege genau welche Daten und Informationen jetzt bei der Polizei sind und ob ggf. jemand darüber informiert werden sollte (nicht am Telefon!).

Wenn deine Wohnung durchsucht wird, kannst du davon ausgehen, dass vorher, zeitgleich und evtl. hinterher die Telefone abgehört werden. Über die Durchsuchung kann natürlich völlig offen geredet werden. Andere Informationen benötigen aber u. U. andere Wege.

BESONDERHEITEN

- Solltest du während deiner Abwesenheit von einer Hausdurchsuchung bei dir erfahren, erkundige dich telefonisch bei Freundinnen oder zu Hause nach Tatvorwürfen und evtl. Haftbefehlen. Entscheide nach Beratung mit einer Anwältin, ob du nach Hause gehst.
- Es kann sein, dass du zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung (ED) mitgenommen wirst. Wenn anwesend, Anwältin mitnehmen.
- Weder Beschuldigte noch Zeuginnen sollten zu diesem Zeitpunkt Aussagen machen oder Erklärungen abgeben.

DIE UNTERSTÜTZERINNEN

In der Vergangenheit hat es recht gut geklappt, verschiedene Menschen anzurufen und zu dem durchsuchten Haus zu schicken.

Diejenigen, die diese Aufgabe wahrnehmen, sollten sich ein paar Dinge klarmachen:

- Für die Durchsuchten ist es angenehm mitzukriegen, dass sie nicht ganz allein sind. Das hebt das Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit ein wenig auf.
- Die Unterstützerinnen werden zumeist nicht in das Haus gelassen, manchmal nicht mal auf das Hofgelände/Grundstück. Zu Beginn einer Durchsuchung sind die Beamten selbst aufgeregt und erlauben gar nichts. Im Laufe der Zeit ändert sich das häufig, so dass es lohnt, immer wieder zu versuchen, an verschiedenen Stellen reinzukommen.

WICHTIG: Meistens musst du deinen Personalausweis zeigen und deine Daten werden notiert.

→ **Alle, die draußen herumstehen, können und sollen der Polizei auf die Finger schauen.** Es gilt zu beobachten, ob einzelne Durchsuchungstrupps ohne Zeuginnen in Nebengebäude gehen und ob womöglich irgendwo etwas »Mitgebrachtes« deponiert wird.

Auch die Unterstützerinnen sollten ein Gedächtnisprotokoll schreiben.

CHECKLISTE
HAUSDURCHSUCHUNG

1. **Ruhe bewahren.**
2. Sofort gut erreichbare Person **anrufen**, der du das unter Punkt 3 aufgelistete sagst. Sie soll Anwältin, EA und Beobachterinnen benachrichtigen und zu dir schicken.
3. Die Polizei steht vor der Tür:
   - Frage, **gegen wen richtet sich die Hausdurchsuchung?**
   - Frage, was ist der **Grund des Durchsuchungsbeschlusses?**
   - **Durchsuchungsbeschluss verlangen** und lesen (Kopie geben lassen. Bei dem Grund: »Gefahr in Verzug« gibt es keinen Beschluss).
   - Name und Dienstnummer des Einsatzleiters erfragen.
4. **Widerspruch gegen die Durchsuchung einlegen und diesen protokollieren lassen** (unterschreiben).
5. Verlange, dass nur unter den Augen der Beschuldigten und/oder ihrer Vertreterinnen durchsucht wird (ein Raum nach dem anderen, nicht alle gleichzeitig).
6. **Keine Aussagen machen!** Keine Gespräche mit den Beamten! (Auch Zeuginnen müssen nicht vor Ort ohne Anwältin Aussagen machen.)
7. **Pass auf!**
   - Durchsucht werden dürfen nur die im Durchsuchungsbeschluss genannten Räume.
   - Durchsuchungen anderer Räume verhindern, Widerspruch einlegen.
   - Verlange die **Versiegelung** der beschlagnahmten Papiere und Notizen. Nur der Staatsanwalt darf vor Ort lesen, aber kein gemeiner Beamter.
   - Du hast keine **Mitwirkungspflicht** bei der Durchsuchung.
8. Die Polizei muss dir ein **Durchsuchungsprotokoll** aushändigen, in dem die beschlagnahmten Dinge genauestens aufgelistet sein müssen (kontrolliere das in Ruhe). Die Beamten und die von ihnen mitgebrachten Zeugen müssen unterschreiben. **Du nicht.** Wenn nichts beschlagnahmt wurde, muss auch das schriftlich bestätigt werden.
9. Nach der Hausdurchsuchung:
   - **Gedächtnisprotokoll** schreiben
   - **Einspruch** über Anwältin einlegen
   - Schadensbilanz erstellen
   - Bedenke, dass **Abhöranlagen** angebracht worden sein könnten.

Der ursprüngliche Flyer stammt von Carambolage (carambolage@no-log.org) und Delfina e. V. (www.delfina-grundrechte.org), danke dafür!

Identitätszugehörigkeit statt soziale Bewegung?

Linksradikale Szene* in Oldenburg

...mmh, wie ist sie denn nun, die Linksradikale Szene in Oldenburg, ist sie recht groß, eher so mittelgroß, oder verschwindend klein, geht was, oder geht einfach gar nichts?

Naja, im Vergleich mit anderen Städten in der BRD geht in Oldenburg schon einiges, neben ALSO, Wagenburg, politischen WGs, Linkem Forum, ein paar linken Studierendengruppen, „3.Welt"-Informationszentrum und Laden, etc., gibt es immerhin das autonome Zentrum Alhambra, was für kontinuierliche politische linksradikale Arbeit ein wichtiger Knotenpunkt ist. Über das Alhambra organisierte sich in den letzten Jahren neben den regelmäßigen autonomen 1.Mai-Demos, der große Widerstand gegen die Naziaufmärsche 2001 und 2005 in Oldenburg. Konnte der Aufmarsch 2001 noch erfolgreich verhindert werden, trotz kurzer Vorbereitungszeit, so setzte ein massives Polizeiaufgebot den Naziaufmarsch 2005 gegen eine beeindruckend große Menschenmenge, die Widerstand leistete, durch. 2004/2005 organisierten Schülerinnen und Schüler aus Oldenburg massiven Widerstand gegen die Bildungspolitik in der BRD, unter anderem durch zwei Demos und eine Schulbesetzung. Seit einigen Jahren findet am 30. April eine FrauenLesbenTransdemo durch die Innenstadt gegen patriarchale Gesellschaftsstrukturen statt. Zuletzt entwickelte sich unter anderem durch die Anti-Lager-Aktionstage im September 2006 und den Streik im Lager Blankenburg im Oktober 2006 eine größere Solidaritätsbewegung mit den Flüchtlingen aus Blankenburg. Hiermit sind natürlich nur einige Eckpunkte von dem, was an Organisation von Widerstand gegen die bestehende Ordnung in den letzten Jahren stattfand, genannt.

Dies und vieles an dieser Stelle nicht erwähntes, sorgt dafür, dass das Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen politischen Strömungen in Oldenburg im Vergleich (leider wirklich nur im Vergleich) mit anderen Städten ganz gut aussieht.

Aber messen wir die Linksradikale Szene in Oldenburg nicht am Vergleich mit Szenen in anderen Städten, sondern an dem Ziel die bestehende Gesellschaft linksradikal zu verändern, das heißt eine Gesellschaft zu schaffen in der patriarchale, rassistische und kapitalistische Strukturen keinen Platz haben und die Herrschaft von Menschen über Menschen abgeschafft wird, so sieht es ziemlich schlecht aus in Oldenburg. Eine große, einflussreiche soziale Bewegung, die die Verhältnisse nach links umgestalten könnte, ist nicht vorhanden und nicht in Sicht.

Szene als Rückzugsort

Stellt sich die Frage, wo in der aktuellen Gesellschaft doch offensichtlich soviel schief läuft, warum dies nicht zu einer starken linken sozialen Bewegung in Oldenburg führt, die die Missstände verändern kann? Dass es dazu nicht kommt, hängt natürlich nicht einfach nur vom Selbstverständnis der Linken Szene ab. Hierfür wäre eine Analyse der gesamten Gesellschaftszusammenhänge sinnvoll, die dieser Text nicht bieten soll. Aber definitiv notwendig, wenn auch nicht hinreichend für

* Die „Linksradikale Szene" hat natürlich keine so klaren Grenzen, sodass ihre Größe nicht genau bestimmbar ist. Für die Aussage von diesem Text ist es aber nützlich von Leuten innerhalb und außerhalb der Szene zu sprechen. Jede/r kann sich selbst vielleicht an entsprechender Stelle angesprochen fühlen.

eine Veränderung, ist eine bewusste Willensentscheidung, das heißt wollen wir, als Linke Szene, überhaupt Teil einer sozialen Bewegung sein und arbeiten wir darauf hin? Oder sehen wir z.B. das Alhambra gar nicht als möglichen Ausgangpunkt für soziale Bewegung, sind die ganzen Partys, Konzerte, die politische Arbeit eher Selbstzweck, das Alhambra ein angenehmer Freiraum, ein Rückzugsort, wo wir uns ein Stückweit der herrschenden Logik entziehen können?

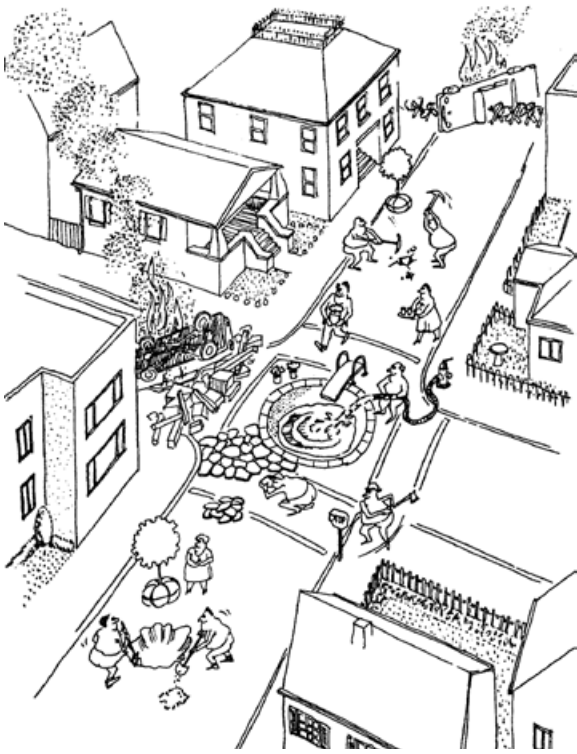
Natürlich haben wir nicht nur die Wahl zwischen dem einen oder dem anderen. Beide Ansichten, die Linke Szene als Ausgangspunkt für eine Veränderung der Gesellschaft, oder als angenehmer Rückzugsort schließen sich nicht aus. Im Gegenteil, sie können sich nicht nur gut ergänzen, sie sind notwendige Existenzbedingung des jeweils anderen. Das bedeutet ohne Freiräume oder Rückzugsorte kann keine linksradikale soziale Bewegung entstehen, denn mensch braucht schließlich Möglichkeiten sich selbst zu entwickeln und Raum sich politisch zu organisieren. Umgekehrt können linke Freiräume nicht lange existieren, wenn linke Meinungen (meist geprägt durch soziale Bewegungen) in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit keinen Stellenwert hätten. Das Alhambra oder die Wagenburg in Oldenburg existieren in ihrer Form, weil es zu ihrer Zerstörung durch staatliche Repression in der öffentlichen Meinung keinen Rückhalt gibt.

In welchem Ausmaß aber nun die Linksradikale Szene in Oldenburg eine große soziale Bewegung zur Folge hat, hängt unter anderem von den Selbstverständnissen der Gruppen und Einzelpersonen ab, die sich als Teil der Linksradikalen Szene verstehen. Genau um dieses Selbstverständnis geht es in diesem Text.

Links sein aus Identitätsgründen

Für viele Menschen außerhalb der Linken Szene und auch für Leute, die ein bisschen Kontakt haben zur Szene, erscheinen die Menschen, die sich z.B. im Alhambra oder der Wagenburg organisieren oft als eine homogene Masse, an die mensch von außerhalb nur schwer Anschluss findet bzw. die erstmal abschreckend wirkt. Wenn mensch trotzdem an der ein oder anderen linken Szeneveranstaltung teilnimmt, entsteht oft der Eindruck, dass die Leute aus der Szene eine sehr gefestigte politische Meinung haben, wo mensch nicht mitreden kann, weil er/sie vermeintlich nicht so viel Ahnung hat, oder „nicht politisch genug" ist. Fragen, die Unwissenheit über bestimmte Themen „verraten", werden deswegen lieber für sich behalten.

Aus der Innenperspektive heraus wirken die gerade genannten Eindrücke wie falsche Vorurteile. Die Menschen, die sich in der Linken Szene organisieren sind bei weitem keine homogene Masse, was sich unter anderem in sehr unterschiedlichen politischen Standpunkten bemerkbar macht. Aber definitiv gibt es Ausschlussmechanismen, die die Außenwirkung der Szene abschreckend machen bzw. Menschen den Zugang zur Szene verwehren. Um in politische Arbeit in der Linken Szene richtig ein-



gebunden zu werden, muss mensch leider oft in den „Szenefreundeskreisen" einigermaßen drinstecken, das heißt die richtigen persönlichen Kontakte haben. Ausschlussmechanismen wie die Zuordnung zum „richtigen" Musikgeschmack, dem Kleidungsstil, der gerade im Trend ist, sowie das Auftauchen bei den angesagten Partys spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Aktzeptanz in den entsprechenden Freundeskreisen, auch innerhalb der Linken Szene. Die Partys, Konzerte und der linke Lifestyle sind aber auch Teil dessen, was dazu führt, dass Menschen sich mit der Linken Szene identifizieren, sich dort wohl fühlen und sich ein kleines bisschen von gesellschaftlichen Mainstreamzwängen befreien können. Das ist ziemlich positiv.

Wir kritisieren an dieser Stelle aber das es oft beim links sein aus Stilgründen

Soziale Bewegungen

Soziale Bewegungen (s. B.) sind ein auf gewisse Dauer gestellter Versuch von netzwerkförmig verbundenen Gruppen und Organisationen, sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Im Unterschied zu diffusen geistigen Strömungen (z.B. Romantik) oder kurzlebigen Phänomenen kollektiven Verhaltens (z.B. Panik) haben s.B. eine organisatorische Basis und können auch Parteien und Interessengruppen einschließen; sie sind jedoch in ihrer Gesamtheit nicht als Organisationen anzusprechen. Im Unterschied zu diesen fehlen s.B. verbindliche Kriterien zur Regelung von Mitgliedschaft, interner Kompetenzaufteilung und Entscheidungsfindung. Soziale Bewegungen sind zudem von thematisch engen Protesten (etwa gegen einzelne Politiker oder ein bestimmtes Bauvorhaben) abzugrenzen, welche als Protestkampagnen bezeichnet werden können. [Digitale Bibliothek Band 79: Lexikon der Politik]

stehenbleibt und dem Teil von Menschen, der sich aufgrund der Außenwirkung mit der Linken Szene identifizieren kann und neu hinzustößt, der oben angesprochene Teil derjenigen gegenübersteht, der von der Außenwirkung der Linken Szene abgeschreckt wird. Wir meinen, dass Identitätspolitik sehr wichtig ist, da es ein wichtiger Bereich politischer Arbeit ist, ein Selbstverständnis vom links sein für sich selbst klar zu haben und nach außen zu tragen. Wir stellen aber in Frage, ob wir das, in diesem Text grob skizzierte, Image wirklich wollen. Inwieweit sind wir uns der Außenwirkung der Linken Szene überhaupt bewusst?

Der oben beschriebene Eindruck von außen, dass die Leute in der Linken Szene in ihrer politischen Meinung so gefestigt sind, entsteht zum Teil dadurch, dass ein vermeintlicher Konsens über politische Positionen besteht und es in Diskussionen oft schon vorher klar ist, worauf die Gespräche hinauslaufen müssen. Da ja in diesem Sinne alle schon die „Wahrheit" kennen, stehen politische Grundsatzdebatten nicht im Mittelpunkt des Szenealltags. Das bedeutet für Menschen, die neu zur Linken Szene dazustoßen, dass einige Positionen regelrecht als selbstverständlich gelten und ihre Übernahme fast zur Voraussetzung wird um mitreden zu können, z.B. „ dass Kapitalismus scheiße ist, dass wir was gegen Sexismus haben, Neonazis bekämpft werden müssen und uns in der Schule autoritär irgendwelche Inhalte aufgezwungen werden", etc. Wir VerfasserInnen halten diese Standpunkte und viele ähnliche mehr durchaus für richtig. Das Problem liegt aber darin, dass sie selbstverständlich und gesetzt sind. Das führt manchmal dazu, dass wir bei Diskussionen im Alltag auf der Straße, in der Schule, bei linken Szeneveranstaltungen oder bei der Arbeit merken, dass wir die ganzen „linken" Standpunkte zwar gut kennen, aber die Argumente zu ihrer Begründung gar nicht haben. Vermeintlich kritische Standpunkte werden also übernommen wie der angesprochene Dresscode oder der „richtige" Musikgeschmack, sie gehören zur linksradikalen Identität dazu. Die Übernahme von politischen Standpunkten ähnelt demzufolge nicht selten der Aneignung von Meinungen, wie sie z.B. in der Schule stattfindet, ohne kritisches Hinterfragen. Das ist ja auch nachvollziehbar, schließlich werden wir von Institutionen wie Schulen über einen langen Zeitraum im Alltag geprägt. Wenn jedoch Meinungen so einfach übernommen werden, statt dass sie aus individuellen Auseinandersetzungsprozessen jeder Einzelperson und durch Diskussionen entstehen, dann würde der Anspruch, in der Linken Szene, die aktuelle Gesellschaft linksradikal zu verändern nur noch vertreten werden, wenn er gerade innerhalb der Linken in Mode ist, statt aus persönlicher Überzeugung. Inhalte werden so austauschbar und das ist gefährlich. Unter anderem an dieser Stelle wird deutlich, warum der Verbalradikalität innerhalb der Linken Szene oftmals die radikale Praxis fehlt. Eine radikale Praxis hat meist zur Bedingung, dass sich mensch kritisch mit verschiedenen Positionen auseinandersetzt. (Radikal ist nicht gleich zu setzen mit Militanz!) Die Abschaffung des Kapitalismus hingegen lauthals (also verbal) zu fordern, ist auch ohne eine kritische Auseinandersetzung möglich. Wenn radikale Standpunkte in Verbindung mit einer radikalen Praxis stehen, können sie für Außenstehende verständlicher bzw. anschlussfähiger werden.

Eventcharakter als Teil linksradikaler Identität

Ein großer Teil der Solidarität mit bzw. der Beteiligung der Linken Szene an den antirassistischen Protesten gegen das Lager in Blankenburg und der damit verbundenen Migrationspolitik auf verschiedenen Ebenen, brach bereits zur Mitte des Streiks der Flüchtlinge in Blankenburg weg, obwohl die Proteste eine der wichtigsten politischen Bewegungen der letzten Jahre in Oldenburg darstellen. Dieser Bruch im Widerstand hängt sehr stark mit den gerade benannten Faktoren zusammen, die linksradikale Identität ausmachen. Ein weiterer Punkt ist die Eventorientiertheit der Linken Szene. Ein großer Teil der politischen Arbeit in der Linken Szene ist auf die Organisation von einzelnen kurzen Events fokussiert, z.B. die jährliche Organisation der 1.Mai-Demo mit anschließendem Straßenfest, oder die Gegenmobilisierung zu einem Naziaufmarsch, was dann ganz viele Menschen wachrüttelt und es wird gemeinsam einiges auf die Beine gestellt (Der Artikel Aneignung als Begriff und Praxis , erschienen in der letzten Alhambrazeitung, versucht Perspektiven von Anifapolitik aufzuzeigen). Diese Organisierung von Widerstand ist gut und wichtig, aber der Eventcharakter hat zur Folge, dass es keinen kontinuierlichen Kontakt zu einer Basis für eine starke soziale Bewegung gibt.

Stellt sich die Frage ob es anders laufen kann und Widerstand in Momenten,

wie während des Streiks im Lager Blankenburg, aufrecht erhalten werden kann bzw. sich kontinuierlich ausweitet. Ein Teil der Verantwortung zum Erreichen dieses Ziels liegt innerhalb der Linken Szene. Wenn mensch sich z.B. im „Szenealltag“ uneingeschränkt traut seine Meinung zu äußern und es zu mehr Grundsatzdiskussionen, sowie zu individuellen Auseinandersetzungsprozessen mit gesellschaftspolitischen Themen kommt, wenn der Status der Selbstverständlichkeit von Standpunkten, wie den oben angedeuteten, innerhalb der linken Szene aufgebrochen wird und die Angst nicht politisch genug oder nicht politisch korrekt zu sein ausgeräumt wird, wäre es zumindest viel wahrscheinlicher, dass die Beteiligung an politischem Widerstand aus eigener Überzeugung sattfindet und nicht aufgrund der Zugehörigkeit zur Linken Szene. Dies ist eine Voraussetzung für die Entwicklung einer linksradikalen sozialen Bewegung.

„Was tun“

Das können wir als kleine VerfasserInnengruppe nicht sagen, was ja auch gut so ist, denn nur ein gemeinsamer Diskussionsprozess kann zum gemeinsamen Handeln führen bzw. gemeinsames Handeln zu einem gemeinsamen Diskussionsprozess führen. Unsere Intention beim Schreiben dieses Textes ist, einen Anstoß zu offenen gemeinsamen (Grundsatz-) Diskussionen zu geben, explizit auch mit Leuten, außerhalb oder am Rand der Linken Szene. Wir wollen nicht paternalistisch aufzeigen/festlegen was falsch und was richtig läuft. Das können wir ja auch gar nicht, unter anderem da wir selber in dem ganzen Klüngel stecken und nichts besser wissen.

Uns ist klar, dass dieser Text seine Ausgangsproblematik sehr verkürzt darstellt, aber dadurch wird er provokant, was im Zusammenhang mit seinem beabsichtigten Zweck seine positive Seite hat.

Die Redaktion der Alhambrazeitung

ALSO in action

IMMER ÄRGER MIT DER ARGE?

Tipps für Erwerbslose

Es gibt viele Beispiele, wie die ARGE das Leben von Erwerblosen schwerer macht: Vorlage der Kontoauszüge der letzten 3 Monate, des Grundriss der Wohnung, eine eidesstattliche Erklärung, wer Ihr Partner bzw. Ihre Partnerin ist, Trainingsmaßnahmen, l- Euro- Jobs, usw. Diese häufig sehr fragwürdige Methoden der ARGE zeigen: Seit Hartz IV brauchen Erwerbslose nicht nur Rechtskenntnisse, sondern sie müssen sich auch im direkten Umgang mit ARGE-Mitarbeiterinnen durchsetzen können. Die ARGE ist somit zu einem Kampfplatz geworden, den Erwerbslose nicht ohne gute Vorbereitung betreten sollten. Als Warnung gilt:

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN!

Nehmen Sie also bei jedem ARGE-Besuch Begleiterinnen mit, die Sie bei der Durchsetzung Ihrer Ansprüche unterstützen und die als Beistand und Zeugen behilflich sein können. Sie können auch beim Warten in den Räumen der ARGE mit anderen Erwerbslosen vereinbaren, dass Sie sich gegenseitig begleiten. Die ARGE darf Ihnen die Mitnahme eines oder mehrerer Beistände nicht verweigern (§13 Abs.l und 4 SGB X). Damit Sie bei der ARGE zukünftig erfolgreicher, sind, haben wir diese Tipps und Informationen für Sie zusammengestellt.

Wenn Sie einen Antrag oder Brief abgeben: Aus Erfahrung wissen wir, dass viele Anträge und Briefe in der ARGE verloren gehen. Daher raten wir dringend: Verlangen Sie eine schriftliche Bestätigung, wenn Sie einen Antrag abgeben. Kopieren Sie vorher das Schreiben und lassen Sie sich darauf den Empfang bestätigen. Dazu müssen Sie nicht ins Zimmer des Sachbearbeiters, die ARGE hat einen Schnellschalter im Eingangsbereich zur Abgabe von Anträgen und Schreiben.

Wenn Ihnen kein Geld überwiesen wurde, Sie aber im Besitz eines Bewilligungsbescheids sind: Bringen Sie Ihren Bescheid und die letzten Kontoauszüge (Konto hat kein Guthaben) mit und verlangen Sie eine Bar-Auszahlung.

Wenn Sie sofort Geld brauchen, aber einen Antrag erst noc h stellen müssen: Weisen Sie über Ihre Kontoauszüge Ihre Not nach (Konto hat kein Guthaben) und beharren Sie auf einer sofortigen Auszahlung. Die ARGE muss helfen! Unmittelbare Not erfordert unmittelbare Hilfe! Über die Höhe der Barzahlung müssen Sie sich allerdings streiten. (§42 Abs.l SGB I)

Wenn Ihnen eine Bargeld-Auszahlung verweigert wird, weil das angeblich nicht möglich ist oder weil Ihre Akte nicht zu finden ist: Die ARGE besitzt für Bargeld-Auszahlungen einen Geldautomaten. Sie kann auch Schecks ausstellen, wenn der Geldautomat defekt oder leer ist. Bargeld-Auszahlung oder Ausstellung eines Schecks sind immer möglich - der Sachbearbeiter kann darüber entscheiden! Der Verlust Ihrer Akte ist nicht Ihre Schuld. Außerdem kann die ARGE auch „unter Vorbehalt" auszahlen.

Wenn die ARGE Ihnen statt Bargeld nur einen Gutschein geben will: Verlangen Sie eine Barzahlung. Sie haben ein Recht darauf. Mit Gutscheinen können Sie nur in bestimmten Geschäften einkaufen. Ihre Auswahl an Lebensmittel wird damit eingeschränkt. Ein Einkauf in kleinen Lebensmittelläden, Apotheken und Reformhäusern z.B. ist nicht möglich. Mit Gutscheinen bezahlen zu müssen ist diskriminierend und entmündigend. Verlassen Sie die ARGE nicht ohne Geld oder Scheck! Sagen Sie, dass Sie nicht eher gehen können, bis Ihnen geholfen worden ist. Sie sind in Not.

Wenn Sie unter 25 Jahre alt sind und nicht mehr mit Ihren Eltern zusammenleben wollen: Wer sich mit seinen Eltern nicht mehr versteht oder wenn die elterliche Wohnung zu klein ist, kann nicht gezwungen werden im Elternhaus zu wohnen. Lassen Sie sich dazu beraten! Unter 25Jährige sind insgesamt besonderem Druck durch die ARGE ausgesetzt. Dringender Tipp: Beratung der ALSO aufsuchen!

Wenn die Annahme Ihres Antrags verweigert wird, weil Sie unter 25 Jahre alt sind und Ihnen gesagt wird, dass Sie zu Ihren Eltern gehen sollen: Die

ARGE ist gesetzlich gezwungen einen Antrag anzunehmen, zu bearbeiten und muss Ihnen schriftlich einen Bescheid zustellen, gegen den Sie ggf. gerichtlich vorgehen können.

Falls Ihnen (das Recht auf Begleitung, Barauszahlung oder Antragsabgabe verweigert wird: Verlangen Sie eine schriftliche Erklärung. Wenn diese verweigert wird, fertigen Sie ein kurzes Protokoll an. Notieren Sie Datum, Zimmer-Nr., Namen des Sachbearbeiters sowie. Namen und Adresse eines Beistands/ Zeugen. Es ist kein Fehler, wenn der Sachbearbeiter mitbekommt, dass ein solches Protokoll geschrieben wird. Beschweren Sie sich beim Teamleiter!

Wenn die ARGE mit Ihnen eine Eingliederungsvereinbarung schließen will: Sie sind nicht verpflichtel die Vereinbarung im Amt sofort zu unterschreiben. Lesen Sie die Vereinbarung zuhause genau durch und informieren Sie sich in der ALSO- Beratung über Ihre Rechte und Pflichten, ehe Sie etwas unterschreiben. Machen Sie auch eigene Vorschläge und widersprechen Sie überzogenen Anforderungen an den Umfang der monatlichen Bewerbungen oder anderen Auflagen in der Vereinbarung.

Wenn Sie krank sind und die ARGE von Ihnen die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht oder eine amtsärztlichen Untersuchung verlangt: Kämpfen Sie um Ihre persönlichen Daten. Je mehr Daten und Informationen die ARGE über Sie hat, desto erpressbarer und manipulierbarer sind Sie.

Wenn plötzlich Sozialschnüffler der

ARGE (Außendienst) in Ihre Wohnung wollen: Ohne vorherige schriftliche Ankündigung und Terminabsprache mit Ihnen müssen Sie keinen in Ihre Wohnung lassen. Eine Geldzahlung darf nicht vom vorherigen Hausbesuch abhängig gemacht werden. Verlangen Sie außerdem eine schriftliche Begründung für den Hausbesuch.

Wenn Sozialschnüffler sich bei Ihnen schriftlich ankündigen: Nicht jeder Hausbesuch ist rechtlich zulässig. Legen Sie also Widerspruch ein. Suchen Sie zudem sofort die Begleitgruppe der ALSO auf und fragen Sie nach Beiständen/ Zeugen beim Hausbesuch. Wir unterstützen Sie gerne. Bereiten Sie den Schnüfflern mit Freunden zusammen einen spannenden Empfang. Dokumentieren Sie die Situation mit Fotos und notieren Sie sich die Namen der Schnüffler.

Wenn Ihnen von ARGE- Mitarbeiterinnen (Profiling) oder in der „Trainingsmaßnahme" persönliche Fragen gestellt werden, die Ihnen unangenehm, zu intim oder sinnlos erscheinen: Achtung! Die ARGE will ALLES über Sie wissen und kann alles gegen Sie verwenden. Auch wenn Sie alle Fragen beantworten, bekommen Sie trotzdem nicht schneller eine Arbeit. Lassen Sie sich nicht einlullen. Bleiben Sie misstrauisch und distanziert. Sagen Sie, dass Ihnen die Fragen unangenehm sind und dass sie keinen Zusammenhang zu Ihrer Arbeitssuche erkennen können. Oder sagen Sie, dass Sie darüber nachdenken wollen und jetzt überfordert sind.

Wenn Ihnen das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen wurde: Legen Sie binnen eines Monats fristwahrend Widerspruch ein („Hiermit erhebe ich Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom ..... Eine Begründung werde ich nachreichen"). Informieren Sie sich über eine mögliche Begründung. Suchen Sie dazu die Beratung der ALSO auf, die Ihnen dabei behilflich sein kann.

Wenn Sie Kontakt zu anderen Menschen suchen, die sich nicht alles gefallen lassen und sich wehren wollen: Wir von der ALSO sind bis auf weiteres regelmäßig jeden Dienstag vor der ARGE Oldenburg. Jeden ersten Dienstag im Monat sind wir mit einer großen Gruppe da. Falls jemand sein Geld nicht bekommt oder andere Probleme hat, begleiten wir uns gegenseitig zum Sachbearbeiter. Auf diese Weise haben wir trotz Drohungen mit Rausschmiss und Polizei schon einige Erfolge erzielen können.

Sie können aber auch zur Begleitgruppe der ALSO kommen und wegen Begleitung bei Amtsterminen oder bei Hausbesuchen der Sozialschnüffler nachfragen. Die Gruppe trifft sich jeden Mittwoch im Arbeitslosenzentrum an der Donnerschweer Str. 55, in der Zeit von 15.30 bis 17.00. Leute, die da neu einsteigen wollen, sind erwünscht und gern gesehen!

Wenn Sie Ärger mit der ARGE haben:

- Beratung der ALSO am Montag von 9- 13.00 und 17 - 19.00, Mittwoch und Donnerstag von 9- 13.00 (nach vorheriger Terminvergabe)

- Begleitgruppe der ALSO jeden Mittwoch von 15.30- 17.30

- Ort: jeweils Donnerschweer Str. 55 (Eingang Milchstr.)

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V.

Donnerschweer Str. 55

26122 Oldenburg

Tel. 0441/16313

Jeden Dienstag ab 9:00 Infostand, Kurzberatung und Begleitschutz vor und in der ARGE

the strikes are back...*

Streiks sind in! Egal ob Telekom, Hermes-Warehouse-Solution oder bei der Bahn: im letzten Jahr wurde viel gestreikt. An vielen Stellen brodelten kleine Herde, die die herrschende Klasse ärgerten. Auch wenn viele Kämpfe defensiv und hauptsächlich auf den Erhalt des Status Quo aus waren, haben Kapital und Staat mit den Streiks zu spüren bekommen, dass der soziale Frieden im Kapitalismus auf Sand gebaut ist.

Dementsprechend wurde während des Bahnstreiks von Anfang an versucht, das elementare Mittel des Arbeitskampfes „den Streik" mit allen, darunter auch juristischen Mitteln zu verhindern. Der GDL wurde vorgeworfen, das enge rechtliche Korsett dem das Streikrecht in Deutschland unterliegt, zu verlassen und keinen Abschluss erzielen zu wollen. Die Deutsche Bahn verlangte von der GDL die Aufgabe ihrer Forderungen, die sich eben nicht auf die Verteidigung eines Status Quo reduzierten, sondern wesentliche Verbesserungen beinhalteten.

Dass die Lokführer eine Schlüsselposition in einer auf Mobilität angewiesenen Produktionsweise besitzen, hat sie in eine Offensivposition versetzt. Die Bedrohung für die herrschende Klasse war somit viel größer als bei dem Streik, der im September und Oktober bei der Hermes-Warehouse-Solution stattfand. Bei dem Logistikunternehmen, das zum Otto-Konzern gehört, kämpften die knapp 2.000 Beschäftigten in Haldensleben und Hamburg hauptsächlich gegen die Verschlechterung der Arbeitszeiten und für existenzsichernde Löhne. Die Defensivposition nutzten die Arbeitgeber aus und drohten kräftig mit Entlassungen. Das letztendlich erzielte Ergebnis blieb hinter den Erwartungen eines Großteils der Beschäftigten zurück. Anders bei dem Abschluss der Lokführer: Zentrale Forderungen wie ein weitgehend eigenständiger Tarifvertrag, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen wurden erfüllt und könnten auf die durch Transnet und die GDBA vertretenen Bahn-Beschäftigten ausstrahlen.

Es ist offensichtlich, dass ein Streik in einem Logistik- Unternehmen nicht dieselbe gesellschaftliche Brisanz entfalten wird, wie ein Arbeitskampf bei der Bahn. Dennoch sind beide Streiks in ähnlicher Weise interessant, da sie schnell die betriebliche Ebene verließen und Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten für linke UnterstützerInnen aufgeworfen haben. Während die gesellschaftliche Dimension bei der Bahn offensichtlich ist, wurde bei HWS durch StreikunterstützerInnen probiert, den Konflikt auszuweiten und die Unternehmensstruktur mit Aktionen vor zum Otto-Konzern gehörenden Geschäften unter Druck zu setzen. Anders als bei den Lokführern, deren miese Arbeitsbedingungen schnell ihren Weg in die Presse fanden, mussten diese beim HWS-Streik ohne Presseecho in kleinen Kundgebungen an die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Die Aktionen haben zwar dazu geführt, dass in der HWS-Geschäftsführung einige Manager zu rotieren begannen, doch leider konnte nicht der Druck aufgebaut werden, der nötig gewesen wäre, um die Beschäftigten aus der Defensive zu helfen.

Zwischen den Stühlen

Dennoch haben die Aktionen gute Erfahrungen gebracht, an die sich anknüpfen lässt. Besonders mit den Erfahrungen im Rücken, die während des Kampfes der Lokführer gesammelt wurden. Denn gerade das Bahnbeispiel zeigt, dass sich bereits längst gesellschaftliche Brüche ereignet haben, die es für die Linke zu verfolgen gilt. Die DGB-Organisation Transnet und der Beamtenverein GDBA gingen gleich nach Beginn des Kampfes mit der Bahn auf Tuchfühlung und handelten schnell eine Lösung aus, die realistisch gesehen keine Verbesserung der Situation darstellte. Ausschlaggebend für das Handeln dürfte die Nähe des Transnet-Chefs zum Bahn-Management sein. Denn für ihn stellt z.B. die Privatisierung und der Börsengang der Bahn kein Problem dar. Auch gingen die Lokführer nicht auf Tuchfühlung. Nachdem sie vor ein paar Jahren schon Forderungen an die Kapitalseite richteten und damals keine Reaktion hervorriefen bzw. keine Antwort erhielten, wollten sie diesmal die Forderungen expliziter und schärfer stellen und forderten so die Kapitalseite heraus. Die Bedrohung wurde schnell

erkannt und in Zeitungen wurde berichtet, wie viele Mio Euro Schaden pro Tag ein Bahnstreik der Wirtschaft kosten würde. Dennoch nahm die GDL das „Angebot", das von Transnet/ GDBA ausgehandelt wurde, nicht an. Der DGB sah den Einzelgang der GDL von Anfang an kritisch. Es wurde befürchtet, dass der Alleingang nur auf Kosten der Belegschaft ausgetragen würde. D.h. selbst wenn es zu einer Verbesserung der BahnerInnen kommen würde, würde dies nur eine Umverteilung innerhalb der Belegschaft bedeuten. Somit kritisierte der DGB, dass die GDL nicht das Ganze im Blick hat und nur Einzelinteressen vertritt.

Und nun?

Trotz der Kritik hat sich die GDL nicht vom Kurs abbringen lassen. Sie konnte sogar Erfolge erzielen, wie die Verteidigung des Streiks als Arbeitskampfmittel. Auch hat sie gezeigt, dass eine klare Positionierung mit eigenen Forderungen und den Willen der Durchsetzung „trotz allen Schwierigkeiten" die Kapitalseite herausfordern kann. Denn die Lokführer haben es gegen die Propagandamachinerie der Bahn erreicht, dass die öffentliche Meinung den Streikenden eher positiv gesonnen war. Trotz dieser Erfolge ergeben sich zwei Sichtweisen aus antikapitalistischer Perspektive, die sich aus diesem Beispiel ableiten lassen: Zum ersten bedeutet dies, dass man dem scheinbaren Verschwinden der Einheitsgewerkschaften aus der Logik dieser Ereignisse keine Träne nachweinen muss. Denn sie streben so oder so die Sozialpartnerschaft an und bremsen die realen Wünsche und Bedürfnisse der ArbeiterInnen aus. Die zweite Variante ist, dass es gerade jener Einheitsgewerkschaften bedarf, damit die Interessen aller Lohnabhängigen in den Blickpunkt kommen und kein Interesse auf Kosten von anderen geht. Diese Einheitsgewerkschaft müsste jedoch radikal verändert werden.

Den ganzen Kuchen…

Die GDL hat gezeigt, dass eine kleine Gewerkschaft den Tanker DGB ins wanken und evtl. sogar verändern kann. Am Bahnbeispiel generell zeigt sich, dass Streiks Erfolg haben können und auch als politisches Instrument gesehen werden sollten. Denn würden BahnerInnen ihre zentrale Position in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nutzen, so könnten weitreichendere Forderungen gestellt werden. Dazu müsste auch die GDL über den Tellerrand der bisherigen Gewerkschaftspolitik schauen und sich sehr viel deutlicher als bisher gegen Bahn-Privatisierungsvorhaben durch Management und Bundesregierung positionieren. Denn Arbeitskampf kann weitaus mehr erreichen als nur die Inflationsrate auszugleichen. Auch wenn Forderungen, die das Hier und Jetzt wesentlich und spürbar verbessern, lohnenswert sind. Arbeitskampf als politisches Mittel kann jedoch mehr leisten. Denn Sicherheit ist nicht schlecht. Ob dies nun Forderungen nach sozialen Rechten, Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit ist, sei dahin gestellt. Sie würden jedoch über die Inflationsrate und den üblichen Prozentspielchen hinaus und auch in eine andere Gesellschaft reichen. Demnach waren die Forderungen der BahnerInnen nach 2.500€ vollkommen richtig. Jedoch sollte es nicht nur heißen 2.500€ für BahnerInnen, sondern 2.500€ für alle und zwar bedingungslos.

FelS-Sozial Ag in der arranca -extra 01/2008

Hźhnerbeine fźr Afrika

„Weitgehend unbeachtet verfolgt die EU-Kommission eine aggressive Handelspolitik, die selbst die der USA in den Schatten stellt."

Der Rohstoffboom in Afrika weckt Begehrlichkeiten. Weil die EU militärisch nicht konkurrenzfähig ist, setzt sie bisher auf Multilateralismus und Menschenrechtsrhetorik. Die aggressive Handelspolitik der EU-Kommission konterkariert dies. von guido speckmann

»Diese Abkommen zielen darauf, unsere Märkte für europäische Importe zu öffnen. (…) Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwaren, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter.« Dieses Zitat von Aminata Traoré, der ehemaligen Kulturministerin von Mali, bringt anschaulich auf den Punkt, was derzeit Streitpunkt im europäisch-afrikanischen Verhältnis ist: die von der EU vorangetriebene »imperiale Liberalisierung«, wie die Sozialwissenschaftler Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf in ihrem Buch »Konkurrenz für das Empire« schreiben.

Ein Instrument dabei sind die angesprochenen Abkommen, die euphemistisch so genannten Economic Partnership Agreements (EPA). Diese hat man sich als regionale Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) vorzustellen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich dazu, ihre Märkte für Waren und Investitionen zu öffnen.

Die Bemühungen Europas vollziehen sich vor dem Hintergrund, dass Afrika seit wenigen Jahren wegen seiner bedeutenden Rohstoffreserven eine »geostrategische Renaissance« (Die Zeit) erlebt. In Zeiten eines permanent steigenden Ölpreises erlangen die Ölvorkommen in Afrika eine wichtige Bedeutung. Doch auch Rohstoffe wie Gold, Silber, Kupfer, Nickel, Platin und Diamanten sind für die kapitalistische Ökonomie unentbehrlich. Afrika konnte erstmals seit Jahrzehnten seinen Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen steigern. Die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftswachstumsrate liegt seit 2001 bei rund fünf Prozent, was sich auch in einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens bemerkbar gemacht hat.

Des weiteren ist Afrikas Landwirtschaft sowohl als Absatzmarkt wie auch als Produktionsfaktor für die globale kapitalistische Inwertsetzung eine der wenigen Regionen, die noch Potenzial für eine Ausweitung der kommerziellen Logik bietet. Daher verwundert es nicht, dass ein Machtkartell von transnationalen Agrarkonzernen, Supermarktketten und internationalen Institutionen Afrika zu einer zweiten »grünen Revolution« drängt. Der Publizist Uwe Hoering hat deren Argumentation so zusammengefasst: »›Afrikas Bauern sind arm, weil sie nicht genug Dünger, Pestizide und patentiertes Saatgut benutzen‹, behaupten die Agro-Konzerne.

›Sie sind arm, weil sie nicht genug exportieren‹, ergänzt die Weltbank und fördert Handelsliberalisierung und Privatisierung.«

Auf der einen Seite verschafft der Rohstoffboom den Staaten die Möglichkeit, größere Investitionen in Infrastrukturen und soziale Sicherungssysteme zu tätigen. Andererseits setzen steigende Rohstoffexporte die Währungen der Exportländer unter Aufwertungsdruck, da die Preise für die fertigen Produkte, die dann in andere Länder exportiert werden, zu steigen drohen.

Eine besondere Brisanz erhält das gestiegene Interesse an Afrika jedoch dadurch, dass neben den kapitalistischen Großmächten EU und USA ein neuer aufstrebender Staat unverhohlen seine Ansprüche anmeldet: nämlich China. Und den Ansprüchen sind schon längst Taten gefolgt. Das chinesisch-afrikanische Handelsvolumen wurde in den letzten fünf Jahrzehnten von zehn auf 55,5 Milliarden US-Dollar gesteigert, 900 Unternehmen aus China sind in Afrika aktiv, das Investitionsvolumen beläuft sich auf 6,7 Milliarden Dollar. Afrika ist für China ein wichtiger Rohstofflieferant, und auch als Absatzmarkt wird der Kontinent zunehmend für chinesische Waren interessant.

Wie verhält sich die EU angesichts des chinesischen und US-amerikanischen Engagements? Nun, die Union verstärkt ebenfalls ihre Bemühungen, was u.a. in der »Global-Europe«-Strategie der EU-Kommission zum Ausdruck kommt, deren Kern die Verbesserung der Wettbewerbssituation europäischer Unternehmen ist. Auf diplomatischer Ebene ist auch der EU-Afrika-Gipfel vom Dezember als ein Zeichen für intensivierte Bemühungen zu bewerten. Zu dieser Gelegenheit, wie generell auf offizieller Ebene, spricht die EU von Menschenrechten.

Jenseits der offiziellen Ebene sieht es indes anders aus. Weitgehend unbeachtet verfolgt die EU-Kommission eine aggressive Handelspolitik, die selbst die der USA in den Schatten stellt. In erster Linie erfolgt dies durch den Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen, die zum einen, im Vergleich mit den kollektiven Aushandlungsprozessen innerhalb der WTO, mit einem Machtgewinn der ökonomisch potenten Staaten einhergehen. Zum anderen sollen weitere Bereiche als auf der WTO-Konferenz 1996 in Singapur vorgesehen – z.B. Dienstleistungen – den Prinzipien des Freihandels preisgegeben werden. Der größte Druck hin zu diesen bilateralen Abkommen, schreiben etwa Altvater und Mahnkopf, gehe von der EU aus.

Eigentlich hätten bis zum Jahresende 2007 die Economic Partnership Agreements zwischen der EU und den AKP-Staaten abgeschlossen werden sollen. Doch nicht zuletzt infolge des neuen Selbstbewusstseins der afrikanischen Staaten, das aufgrund des Rohstoffbooms wuchs, verweigerten einige Regierungen ihre Unterschrift. Das war nicht unbedingt zu erwarten gewesen, wurde doch von der EU massiver Druck in Form von Entwicklungshilfekürzungen und Zollerhöhungen ausgeübt. Ein Verfahren, welches die dänische Zeitung Dagbladet am 27.Dezember immerhin zu einem kritischen Artikel mit dem Titel »Erpressungsversuche gegenüber Afrika?« veranlasste. Die schwedische Zeitung Aftonbladet sprach gar von einem »zynischen und allen internationalen Regeln widersprechenden Vorgehen«.

Doch mit der ablehnenden Haltung einiger afrikanischer Staaten ist die Gefahr der Freihandelspolitik in Gestalt der EPA keineswegs gebannt. 15 karibische Staaten haben bereits ein derartiges Abkommen mit der EU abgeschlossen, während einige Länder Afrikas einem so genannten Interimsabkommen zugestimmt haben. Gerade auch diese Abkommen werden von globalisierungskritischen Organisationen kritisiert. Oxfam etwa sieht weite Teile der Wirtschaft in den mehr als 20 Staaten, die ein Interimsabkommen abgeschlossen haben, in ihrer Existenz bedroht. Überdies werden die AKP-Staaten durch die Abkommen dazu verpflichtet, auch über die Liberalisierung von Investitionen sowie den Schutz geistiger Eigentumsrechte weiter zu verhandeln. Den Staaten wiederum, die sich weigerten zu unterzeichnen, hat die EU-Kommission kurzerhand zu Jahresbeginn drastisch höhere Einfuhrzölle verordnet.

Der US-amerikanische neokonservative Politikberater Robert Kagan konstatiert, dass die EU lediglich auf Menschenrechte und Multilateralismus setzt, weil sie derzeit noch zu schwach ist, eigenständig militärisch zu handeln. Das erscheint nicht abwegig: Die Festschreibung eines Aufrüstungsgebots in dem Mitte Dezember verabschiedeten EU-Grundlagenvertrag ist nur ein Indiz dafür, dass die EU nicht länger schwach sein möchte.

geklaut aus der Jungle World

„Den Staaten wiederum, die sich weigerten zu unterzeichnen, hat die EU-Kommission kurzerhand zu Jahresbeginn drastisch höhere Einfuhrzölle verordnet."

Soziale Bewegung in Südafrika

„Wir brauchen mehr als politische Rechte, wir brauchen Zugang zur Ökonomie“

Ismael Peterson ist Mitbegründer und Aktivist der „Western Cape Anti-Eviction Campaign“ (AEC). Die AEC ist Teil der wieder erstarkten sozialen Basisbewegungen in Südafrika. Nach dem politischen Sieg der Anti-Apartheids-Bewegung mussten sie feststellen, dass sich die sozialen Verhältnisse nicht verbessert haben. Ingo Bader und Albert Scharenberg führten das Gespräch mit Ismael Peterson am Rande der Konferenz von „INURA – International Network of Urban Research and Action“, die im Juni in Berlin stattfand.

Du bist Aktivist der Anti-Eviction Campaign (AEC). Kannst du kurz eure zentralen Anliegen beschreiben?

Unsere Organisation kommt aus der Region Western Cape um Kapstadt, Südafrika. Sie entstand, als die Regierung ihren ersten neoliberalen Angriff gegen die armen Stadtteile unternahm. Dieser basierte auf einer Politik, die auf Kostendeckung, Haushaltskontrolle und Schuldenverwaltung ausgerichtet war. Die AEC wurde ins Leben gerufen, als die Regierung damit begann, Menschen aus ihren Häusern zu räumen, die ihre Miete nicht zahlen konnten. Deswegen wurden diese Leute als „säumige Schuldner“ gebrandmarkt – damit war gemeint, dass sie nicht zahlen wollten. Aber diese Behauptung, dass sie nicht zahlen wollen und wir als AEC dafür werben würden, grundsätzlich nicht zu zahlen, ist eine völlig falsche Darstellung. Die Menschen können einfach nicht zahlen. Dies wird von der Regierung geleugnet, weil sie sonst nur schwerlich ihr Handeln rechtfertigen könnte. Die Regierung hat nicht nur damit begonnen Leute zu räumen, sie fängt auch an, Leuten die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu kappen. Die AEC begann ursprünglich im Jahr 2001 als Reaktion der Menschen in den Stadtteilen - der Communities - die sich gegen diesen Angriff verteidigen wollten. Als die Regierung die armen Stadtteile erstmals attackierte, hatten wir noch keine Vorstellung davon, was wirklich dahinter steckte.

Du hast uns von anderen Basisbewegungen in anderen Gemeinden erzählt. Wie seid ihr mit denen verbunden?

Mit der Zeit haben wir festgestellt, dass dieses Vorgehen nicht nur in unserem Stadtteil stattfindet und auch nicht nur in der Region Western Cape, sondern im ganzen Land. Anfänglich waren wir nur im Stadtteil Tafelsig aktiv, es gab nur das Tafelsig AEC. Bald baten uns Leute aus anderen Stadtteilen, sie in ihrem Kampf gegen Räumungen zu unterstützen. Mit der Zeit bekamen wir auf diese Weise Kontakt, so dass wir bald insgesamt sechs Stadtteile innerhalb der Region Western Cape waren. Mit jedem Sprecher, der uns kontaktierte, kamen so ungefähr fünf bis sechs weitere AktivistInnen. Unser erstes gemeinsames Treffen war nur informell, nicht strukturiert. Als die Menschen dann den Sinn und Zweck dieser Kampagne mitbekamen, begannen sie, sich uns verstärkt anzuschließen.

Ihr habt also eine Art Netzwerk aufgebaut?

Nachdem uns klar wurde, dass unser Anliegen ein politisches ist, haben wir an die Gewerkschaften und andere Organisationen appelliert, uns politisch zu unterstützen und zu beraten. Von denen haben aber nur das Anti-Privatisierungsforum und die Gewerkschaft der städtischen Angestellten positiv reagiert. Diese Gewerkschaft ist eine Abteilung von COSATU (Congress of South African Trade Unions), die eine der großen südafrikanischen Gewerkschaften ist. Leider sind die Bosse dieser Gewerkschaft mit der Regierung verbündet. Sie sind diejenigen, die die neoliberale Politik auch am Arbeitsplatz durchsetzen, was zu einer Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse führt. Dies gab den Ausschlag, dass sich unsere Organisation nicht mehr nur auf Räumungen konzentrierte, da immer mehr brennende Fragen in den Vordergrund drängten.

Welche anderen Aspekte thematisiert ihr in dem Widerstand gegen die neoliberale Politik?

Das Thema, das wir im Moment ansprechen, ist, dass die Armen keinen Zugang zur Grundversorgung haben. Und wenn ich auf die Grundversorgung wie Bildung, Wasser, Wohnung, Elektrizität verweise, meine ich ganz besonders auch den Zugang zur Wirtschaft, der den Menschen im großen Maßstab verweigert wird. Ich betone dies, weil die ANC-Regierung nach ihrer Einsetzung als so genannte demokratische Regierung eigentlich unsere Leute befreien sollte, aber ein makroökonomisches Programm verfolgte, das nicht im Interesse der Bedürfnisse des Volkes lag.

Wie ist deine persönliche politische Motivation und Geschichte? Machst du diese Arbeit mit einer strategischen Herangehensweise oder kommst du und kommt diese Bewegung aus der Community, so wie eine Art nachbarschaftliche Selbstorganisation?

Im Grunde habe viele der AktivistInnen eine politische Geschichte. Viele waren auch an den vorausgegangenen Kämpfen beteiligt. Die meisten Communities haben eine politische Geschichte, da wir in einer früheren Ära politisiert wurden und gelernt haben, Politik „zu schlafen und zu essen“. Als der erste neoliberale Angriff zugeschlagen hat, war da was, das sich wieder aufwecken ließ. Die AktivistInnen waren wie Schläfer. Es waren die brennenden Fragen und der Zusammenhalt der

Communities, der diese wieder aufweckte. Wir dachten, die neue Regierung wäre für die Menschen da. Das war sie aber leider nicht. Dies rief uns in die politische Arena zurück. Die meisten AktivistInnen haben eine politische Geschichte und zwar von den früheren Kämpfen der Freiheitsbewegung. Ich hoffe, dies beantwortet deine Frage.

Mit Sicherheit. Würdest du zustimmen, dass es sich hierbei um einen Kampf um grundlegende Rechte, um soziale Menschenrechte handelt?

Ja, im Grunde ist dies ein Kampf für soziale Menschenrechte, weil die Politik der Regierung eine Verletzung der Menschenrechte bedeutet; wir müssen diese verteidigen. Im Wesentlichen geht es um die Verteidigung der sozialen Rechte und der Menschenrechte. Es ist an der Zeit, die Herrschenden davon abzuhalten zu stehlen, was die Menschen fürs tägliche Überleben brauchen.

Kannst du kurz beschreiben, wie sich die ökonomische Situation seit der Übernahme der Regierung durch den ANC entwickelt hat?

Die ökonomischen Bedingungen haben sich seitdem verschlechtert. Es gibt mehr Obdachlose, mehr Räumungen, mehr Arbeitslosigkeit, eine höhere Kriminalitätsrate. Auch wenn unsere Regierung behauptet, 60% der Bevölkerung seien ökonomisch tätig: Die Wahrheit ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu den ökonomischen Aktivitäten unseres Landes hat. Das ist der Zustand unserer Gesellschaft. Als unsere Regierung an die Macht kam, glaubten die Menschen, dass dies die Chance für ein besseres Leben wäre. Unglücklicherweise glaubte unsere Regierung selbst, man könne von Politik und politischen Rechten leben. Aber sie haben nicht bedacht, dass wir mehr brauchen als politische Rechte; wir brauchen Zugang zur Ökonomie.

Kann man also sagen, dass die politische Führung sich zwar verändert hat, die ökonomische Elite aber bestehen blieb? Spielt da nicht zu einem gewissen Grad die Spaltung zwischen Weiß und Schwarz eine Rolle, da die Weißen sich das Land angeeignet haben, die großen Unternehmen besitzen und die meisten hoch qualifizierten Arbeitskräfte stellen usw.?

Am Vorabend der Revolution fand leider ein Ausverkauf statt. Es gab Vereinbarungen, ökonomische und politische Vereinbarungen. Sie basierten darauf, dass im Austausch gegen die politischen Freiheiten (der Schwarzen) der Besitz der Weißen geschützt wurde. Ich glaube, dies war ein grundlegender Fehler. Auch wenn wir jetzt mit einer neuen Führung dasitzen, ist es im Großen und Ganzen die schwarze Elite, die an die Macht gebracht wurde. Und diese schwarze Elite sagt von sich selbst, dass ihr Hauptanliegen die Stärkung der Schwarzen sei. Aber die Stärkung der Schwarzen bedeutet für sie die ökonomische Stärkung einiger weniger Schwarzer, nämlich derer, die zurzeit in der Regierung sind. Diese Leute sind mehr als einfach nur Kapitalisten, denn sie fördern die Programme der multinationalen Unternehmen wie die Privatisierung. Und dies ist nicht akzeptabel. Was ich damit sagen will ist, dass die so genannten Befreier unseres Landes sich in kapitalistische Unterdrücker unseres Volkes verwandelt haben.

Die Frage von Privatisierung und Zugang ist ja auch hier zu Lande ein Thema. Die meisten Menschen würden denken, in Deutschland hätte jeder diesen Zugang, aber das stimmt nicht. Du musst jetzt für all das bezahlen, was privatisiert worden ist. Menschen

sind auch hier von der Teilhabe an verschiedenen Aspekten des sozialen Lebens ausgeschlossen, auch wenn diese Situation mit der eurigen, wie du sie dargestellt hast, nicht wirklich vergleichbar ist. Thematisiert ihr mit der Frage des Zugangs den Zugang zur Grundversorgung?

Ja, sie realisieren nicht, dass Leute dazu keinen Zugang haben, weil unser System nur die Versorgung derjenigen erlaubt, die es sich leisten können, dafür zu zahlen. Und wenn du nicht zahlen kannst, kannst du in diesem System nicht bestehen. Schau dir die Wirtschaftspolitik an: Sie wurde ohne die Beteiligung der Menschen entworfen. Schau dir die Verfassung an, sie wurde verabschiedet ohne einen Prozess der

Teilhabe. Auch wenn die Welt glauben möchte, wir hätten die fortschrittlichste Verfassung, möchte ich noch mal betonen, dass unsere Verfassung auf Privateigentum und Wachstum beruht. Eine Verfassung, die sagt, dass deine Rechte nur dann verwirklicht werden können, wenn die Regierung die dafür notwendigen finanziellen Mittel hat, kann keine fortschrittliche Verfassung sein. Ich glaube, ein Land kann nur eine tragfähige Wirtschaft haben, wenn es den multinationalen Konzernen nicht erlaubt, in das Land zu kommen, um unsere Grundversorgung wie Wasser zu privatisieren. Dies ist ein ausschließender Prozess, er basiert auf Ausschluss und er basiert auf Kapitalismus und wird vom Kapitalismus angetrieben. Ich meine, wenn du keinen Zugang hast, dann hast du keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Und wie sollst du dann Zugang zu anderen Dienstleistungen haben?

Teilt deine Community deine Meinung über kapitalistische Gesellschaft und Globalisierung oder ist dies eine Diskussion, die nur unter den Anführern der Bewegung geführt wird?

Nein, dass ist keine Sache, die wir nur in Führungskreisen diskutieren. Es ist eine allgemeine Herangehensweise. Wenn du in einen Stadtteil im Gebiet des Western Cape oder auch in ganz Südafrika gehst, wirst du feststellen, dass die Menschen über Privatisierung reden. Sie reden über multinationale Konzerne. Sie fragen, wer denn die Leute sind, denen unsere Regierung dient und deren Interessen sie schützt. Ich glaube, die Menschen erkennen mehr und mehr, dass die Regierung nicht unser Land regiert. Das Land wird beherrscht und so auch unsere Regierung. Dies zeigt dir, dass irgendjemand irgendwo unseren Kampf finanziert und davon profitiert. Sie finanzieren unsere Regierung, um uns zu unterdrücken. Damit ist die Situation im Grunde schlechter als vorher. Wir hatten ein großes soziales Netzwerk, aber als die Regierung an die Macht kam, ist dies alles zusammengebrochen. Und sie sind großartig darin zu vermeiden, soziale Fragen anzugehen.

Du sagst, die Regierenden reden nicht mehr darüber, wie Globalisierung auf Südafrika wirkt. Wie beeinflusst Globalisierung das Alltagsleben in den Stadtteilen? Gibt es eine direkte Verbindung? Oder ist es mehr die allgemeine Ebene, die du schon erwähnt hast, dass die Großkonzerne das Land regieren wie überall auf der Welt?

Ich glaube nicht, dass es nur diese allgemeine Ebene ist. Privatisierung ist kein Programm, das nur in Südafrika vorangetrieben wird. Wenn du dir den Stadterneuerungsprozess anschaust: Dies ist ein Prozess, der in der ganzen Welt vorangetrieben wird und viele arme Stadtteile trifft. Überall auf der Welt, in Hongkong, Kapstadt wie Berlin, sind diese Prozesse im Moment im Gang: Strukturanpassungsprogramme, die Restrukturierung unserer Wirtschaft, die Restrukturierung unserer Grundversorgung, die Restrukturierung unserer Städte. Und die Menschen werden sich bewusst darüber, dass etwas passiert. Sie diskutieren diese Sachen im Moment dauernd, da dies die Fragen sind, die sich aus ihrer Situation ergeben. Offensichtlich blicken die Menschen weiter als die Regierung, da sie im Endeffekt nicht akzeptieren wollen, dass die Regierung eine solche Politik betreibt. Aber als wir uns wieder der Wirtschaftspolitik unseres Landes zuwandten, stellten wir fest, dass die Politik, die auf Kostendeckung und Technologiemanagement basiert, die gleiche ist, die von der WTO vorangetrieben und umgesetzt wird. Schau dir unseren Finanzminister an, der war bis vor etwa sechs Monaten ein hohes Tier beim IWF. Ich glaube, unsere Regierung ist diese Art von Vereinbarung bewusst eingegangen. Sie stimmte bewusst zu, die kapitalistischen Interessen in unserem Land zu schützen.

Das Interview führten Ingo Bader und Albert Scharenberg

entnommen aus der Arranca Nr. 28

Für aktuelle Infos der „Anti-Eviction Campaign" schaut auf:

http://westerncapeantieviction.wordpress.com/

El Ateneo

Besetzte Häuser in Santiago de Chile

Vor über einem Jahr stürmte die Polizei von Santiago de Chile ein von jungen Santiaginos besetztes Haus und nahm sechs BewohnerInnen fest. Angeblich soll sich dort eine Werkstatt für Molotowcocktails befunden haben. Ein Beispiel für die repressiven Aktionen der chilenischen „Sicherheitskräfte“, denen sich die HausbesetzerInnenszene ausgesetzt sieht. Aktuell gibt es in Santiago über ein Dutzend „casas okupadas“ (sic!), die z. T. seit mehreren Jahren besetzt werden und sich mittlerweile zu richtigen Jugendtreffs und Kulturzentren mit Freizeit- und Dienstleistungsangeboten entwickelt haben.

Als am 26. September 2006 die Polizeikräfte von Santiago – Carabiñeros und Spezialeinheiten – in der Calle (=Straße) San Ignacio zugriffen, fanden sie in den besetzten Wohnräumen u.a. Flaschen, Paraffin, das zum Jonglieren benutzt wurde, einen Karton mit Sand für die Katzen sowie Flyer und Transparente. Dies nahmen die Sicherheitskräfte zum Anlass, die BewohnerInnen in U-Haft zu stecken. Aus der Sicht anderer BesetzerInnen eine billige Show, die von den Medien forciert und unter dem Stichwort „Terrorismus“ verbreitet, allerdings nach drei Tagen U-Haft aus Mangel an Beweisen wieder eingestellt wurde.

Wie in jeder anderen Metropole Südamerikas bietet die Wohnsituation in Santiago ein sehr differenziertes Bild. Im Nordosten ziehen sich die comunas (~Gemeinde) Las Condes und Lo Barnecheo am Fuß der Anden entlang und an deren Ausläufern hinauf. Hier oben, wo auch im Sommer ein angenehm kühler Wind weht, finden sich Grundstücke mit bis zu mehreren tausend Quadratmeter Fläche und in sich geschlossene Wohnsiedlungen mit eigenen Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten. Die Mehrheit der Menschen hier lebt in Wohnungen mit 3-4 Zimmern in von hohen Zäunen und Nachtwächtern umgebenen Anlagen. Im Süden der Stadt, beispielhaft seien die comunas San Bernardo oder La Pintana genannt, sind die Häuser zwar noch gemauert, aber es wird nicht mehr viel in den Wohnungsbau investiert. Richtung Süden sieht man über Kilometer hinaus keine Hochhäuser mehr. Oft wohnen ganze Familien in winzigen Häusern mit gerade mal 20 Quadratmetern Wohnfläche, eine bereits bessere Alternative zu den Armenvierteln am südlichen und westlichen Stadtrand, den so genannten

Poblaciones wie z.B. Penalolen. Diese erkennt man schon von weitem an der dichten Aneinanderreihung von flachen Holzbaracken, unterbrochen durch das rechtwinklige Gitter staubiger, unbefestigter Straßen und Wege, überspannt von einem chaotischen Gewirr illegal angezapfter Stromleitungen. Davon mal abgesehen, suchen jeden Tag unzählige Menschen die Hospederías auf, wo Obdachlose gegen 500 Pesos Chilenos, ca. 0,70 Euro, ein Abendessen und einen überdachten Schlafplatz erhalten können.

Trotz des extremen Wohnungsmangels stehen überall in der Stadt Häuser leer. Meist sind das flache Parterrehäuser, die von den Eigentümern nicht mehr vermietet werden. Wahrscheinlich spekulieren diese mit den ständig steigenden Grundstückspreisen. Viele der verlassenen Häuser, der "casas abadodanadas", verfallen mit der Zeit. Andere werden von ungeliebten BewohnerInnen, den "ocupas", wieder wohnlich gemacht und mit Leben gefüllt. In Santiago gibt es mindestens ein Dutzend besetzter Häuser. Jedes ist mit einem Namen versehen, wie La Fábrica, La Pesadilla oder El Ateneo. Sie konzentrieren sich hauptsächlich im Zentrum (fünf Häuser) und in südlichen comunas wie La Cisterna und Lo Espejo (drei bzw. zwei Häuser). Zwischen den Häusern bestimmen informelle Kontakte die gegenseitige Unterstützung. Wenn beispielsweise eines der "casas okupadas" eine Veranstaltung plant, mobilisieren die anderen mit und geben Termine bekannt.

Was sind das für Leute, die in Santiago Häuser besetzen? „Zuerst war es ein offenes freundschaftliches Kollektiv, was sich auf der Straße getroffen hat", so Andi vom El Ateneo. Und das war sicher nicht schwer, denn so verschieden sie auch sind, zeichnet sich doch ein relativ einheitliches Bild ab. In den "casas okupadas" trifft man selten jemanden, der nicht tätowiert ist. Die meisten tragen dunkle Kleidung und Piercing. Rasurfrisur ist normal. Bei uns würde man sie als Autonome bezeichnen. Sie selbst nennen sich "Liberados", die Befreiten. „Uns fehlte ein Ort, wo wir uns treffen und unsere Musik hören konnten", so einer der Liberados, der seinen Namen aus Angst vor Repressionen öffentlich nicht genannt sehen möchte. „Einen Jugendclub oder so etwas gab es für uns nicht. Wir haben Geld gesammelt, um ein Haus zu mieten, aber das hat nicht gereicht. Außerdem waren wir zu jung und niemand hätte uns ohne Arbeit oder Ausbildung als Mieter genommen. Da haben wir uns einfach ein Haus gesucht."

Die Motive für das Besetzen von Häusern sind vielseitig. Für die BewohnerInnen von La Bibliokleta in der Calle Juan Francisco Rivas in La Cisterna ist es wichtig, eine – wie sie es selbst nennen – Contra-Kultur zu pflegen. Sie wollen kulturelle, soziale und politische Arbeit machen. Das alles beherrschende ökonomische System gefällt ihnen nicht. Alle sechs BewohnerInnen haben einen Schulabschluss. Die Mehrheit von ihnen hat die Schule nach der Grundbildung von acht Jahren beendet, zwei von ihnen, Pablo und Lilly, haben zwölf Jahre absolviert und ein Studium begonnen. Aus ökonomischen Gründen mussten sie es abbrechen. Hauptbestandteil der Arbeit in La Bibliokleta ist die Fahrradwerkstatt. Die Liberados sammeln alte Fahrräder und setzen sie wieder instand. Auch die Räder aus dem Viertel werden unentgeltlich repariert. Zum einen, da auch die anderen BewohnerInnen von La Cisterna in der Regel über wenig Mittel verfügen, zum zweiten, um dem motorisierten Verkehr entgegenzuwirken. Denn „Autos isolieren die Menschen, sind gefährlich und zerstören die Umwelt", so ein Flugblatt, das im Hausflur hängt.

Eines der meistfrequentierten Häuser ist El Ateneo. Hier leben, ebenso wie in La Bibliokleta, sechs Personen ständig zusammen. Die Jugendlichen wollten sich eine Privatsphäre außerhalb des Elternhauses schaffen, ohne dafür Geld ausgeben zu müssen. Da bot sich die Gelegenheit, in der Calle General Bulnes ein leerstehendes Haus zu nehmen. Ca. 40 weitere Leute kommen regelmäßig vorbei, um die Angebote wahrzunehmen. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war "Ateneo" der Name für die sozialen Zentren der chilenischen Arbeiter, in denen sie sich trafen, um sich weiterzubilden, und wo sie sich auch organisierten. Die BesetzerInnen in der Calle General Bulnes wollen das Konzept der Ateneos neu erstehen lassen. „Die Erfahrung von El Ateneo in seinem letzten Lebensjahr ist für uns ziemlich bereichernd gewesen", berichtet José. „Wir haben handwerkliche Workshops, wie Stoffe bedrucken und Buchbinden, abgehalten. Es wurde ein Backworkshop und einer über vegetarische Küche realisiert. Sonntags treffen sich Leute, um Esperanto zu lernen und seit diesem Jahr wird jeden Samstag ein Theaterworkshop für Kinder angeboten." Das zentrale Projekt aber von El Ateneo sowie auch anderer Häuser ist seine Bibliothek. Diese Bibliothek wurde durch die Unterstützung verschiedener Leute geboren, die freiwillig Bücher spendeten, und das schon seit ein paar Jahren, als das Projekt anfänglich noch in der comuna Maipú im Westen Santiagos residierte. Die Bibliothek von El Ateneo besteht aus einer Vielfalt von Büchern von universeller Literatur bis zu historischem, politischem und sozialem Material. Insgesamt werden über 500 Medien zur Verfügung gestellt. „Die Bibliothek ist bestrebt, den NachbarInnen im Viertel zur Verfügung zu stehen, allerdings in einer kooperativen Form, eine Bibliothek für sie und mit ihnen. Sie sollen sich nähern und beteiligen", so José.

Auf die Frage, ob sie denn auch politisch aktiv seien, antwortet Andi schlicht: „Unser Leben ist unsere Politik." Der Alltag der ocupas ist geprägt von politischen Diskussionen und dem Ausleben eigener Ideen. Sie suchen einen Raum, der ihnen ein angenehmes Leben ermöglicht ohne Autorität, ohne Machismo. Deshalb sprechen sie von ihren Häusern auch als "Espacios Liberados" – befreite Räume. Was sie fordern, ist, für ihren derzeitigen Lebensstil nicht bestraft zu werden, den Respekt der Gesellschaft und die Integration in dieselbe. Denn gerade die Integration der Jugendlichen in die chilenische Leistungsgesellschaft wird dadurch extrem erschwert, dass sie sich ihre berufliche Bildung teuer erkaufen müssen. Das LOCE (Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza= Gesetz zur Organisation der chilenischen Bildung) macht das chilenische Bildungssystem zu einem Wunschkonzert des Neoliberalismus. Wer die Schule absolviert hat und sich die teure Universitätsausbildung nicht leisten kann, muss trotzdem tief in die Tasche greifen, um zwei Jahre schulische Berufsausbildung zu finanzieren. Nur in ganz seltenen Fällen gibt es die Möglichkeit einer dualen Ausbildung, ähnlich wie die in Deutschland.

Im Falle der chilenischen ocupas, die aus den unterschiedlichsten Gründen weg von zu Hause sind, scheint eine berufliche und somit vollständige Integration vor diesem Hintergrund als Utopie. Ausgestoßen durch das Bildungssystem suchen und finden sie sich in einem ökonomischen Freiraum. Leerstehende Häuser werden besetzt, Strom wird „gepflückt", Gegenstände des täglichen Gebrauchs zusammengesucht. Das Essen holen viele dann doch noch zu Hause bei den Eltern. José geht sogar täglich ein paar Stunden arbeiten. Aber das macht die Sache nicht einfacher. Was die ocupas nämlich am meisten stört, ist die Repression von Seiten der Besitzer und der Polizei und Justiz sowie die Stigmatisierung durch die Medien. „Letztes Jahr wurde ein Haus geräumt, angeblich gab´s da Mollis. Jetzt sind alle Besetzer Terroristen", so Lilly aus La Bibliokleta. Am 9. Oktober 2007 haben die BewohnerInnen des El Ateneo einen Räumungsbefehl erhalten. Als die Liberados die Eigentümerin, die ebenso Besitzerin einer Privatschule ist, kontaktierten, wollte sie nicht mit ihnen sprechen. Binnen 30 Tagen müssen sie das Haus verlassen, ansonsten droht eine Zwangsräumung mit Haftstrafen bis zu mehreren Jahren. Für die eh schon an den Rand der Gesellschaft Gedrängten würde das eine weitere Stigmatisierung bedeuten. Wahrscheinlich, so sagte mir Andi, werden sie es nicht auf die Zwangsräumung ankommen lassen. Allein schon, um andere, die sich solidarisieren würden, nicht in Gefahr zu bringen. Zum Glück gibt es in Santiago noch mehr "casas abandonadas"…

von Jochen Michelbach
aus Papier / ila 310

Centro Cultural „El Semillero" in Quilpué (Región de Valparaíso, Chile)

Die Rote Hilfe empfiehlt:

Ein aktueller Klassiker, der gut war, ist und bleibt

„Durch die Wüste" – 1987 zum ersten Mal erschienen und 2000 grundlegend überarbeitet vom UNRAST-Verlag in einer zweiten Auflage veröffentlicht – ist als politisch-juristischer Ratgeber ein echter Klassiker der radikalen Linken. Nach sieben Jahren erscheint nun unter dem Titel „Wege durch die Wüste" die dritte Auflage dieses Antirepressionshandbuches, das schon mehrere Generationen politischer AktivistInnen begleitet hat. Dass 20 Jahre nach der ersten Auflage, über alle Veränderungen und Umbrüche, die die Linke in dieser Zeit erfahren hat hinweg, eine dritte Auflage erscheint, ist durchaus bemerkenswert. Es zeigt, dass der von den AutorInnen gewählte Ansatz für die Beschäftigung mit dem Thema Repression nicht nur in einem kurzfristigen Bewegungszyklus bzw. auf einem bestimmten Feld von Antirepressionspolitik Gültigkeit beanspruchen kann. [...]

Aktuelle Erweiterungen

Auch ansonsten hat sich grundlegend am Konzept des Buches nichts geändert. Die Überarbeitung dient offensichtlich „nur" dem Aufschließen an den aktuellen Stand von Gesetzgebung und technischer Entwicklung. Als Veränderungen fallen im Vergleich zur Vorauflage die neuen Kapitel ins Auge. Neben ihrer Funktion als Ratgeber demonstrieren sie auch die juristische und technische Aufrüstung des Staates in den letzten sieben Jahren. Wo im Jahr 2000 noch Platzverweise und Festnahmen abgehandelt wurden, finden wir jetzt Informationen zu Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen, Ausreiseverboten, Meldeauflagen und Gefährderanschreiben sowie zu freiheitsentziehenden Maßnahmen. Neu eingefügt wurde ein Kapitel zum Sonderstrafrecht der §§ 129a und b, sowie zur speziellen Situation von Menschen ohne deutschen Pass. Zum Thema Überwachung wurde ein längeres Kapitel eingefügt, das die zur Zeit anwendbaren Überwachungstechniken erläutert. Neben einer Sensibilisierung für die Möglichkeiten der Repressionsorgane begegnet es hoffentlich auch einer Paranoia, die sich aus technischer Unkenntnis und Übertreibung zusammensetzt. Die Biometrie, die zurzeit ihren Weg in die polizeiliche Anwendung findet, wird mit einem eigenen Kapitel gewürdigt. Aus einem Europol-Kapitel der 2000-er Auflage werden drei: zum Schengener Übereinkommen, zum europäischen Haftbefehl und zur europarechtlich festgelegten Vorratsdatenspeicherung von elektronischen Verbindungsdaten. Kein Wunder also, dass „Wege durch die Wüste" bei einem wesentlich gedrängteren Layout 50 Seiten mehr umfasst, als das alte „Durch die Wüste".

Das gegenüber der 2000-er Auflage modifizierte, das heißt komprimierte Layout ist immer noch übersichtlich und klar, wenn auch Abstriche gegenüber dem alten Layout deutlich werden. Sprachlich gelingt es den AutorInnen, die juristischen und technischen Fragestellungen zu behandeln, ohne in den Jargon der ExpertInnen auf diesen Gebieten zu verfallen. Ein Adressteil (der aber offensichtlich nicht komplett auf dem aktuellen Stand ist), ein Abkürzungsverzeichnis und ein Register runden die praktische Nutzbarkeit des Buches ab. Die in der Vorauflage noch enthaltene weiterführende Literaturliste ist hingegen weggefallen. Der moderate Preis von 9,80 Euro sollte dem Buch eine weite Verbreitung sichern. Das neue „Wege durch die Wüste" wird, so wie die vorangegangenen Auflagen von „Durch die Wüste", auch dann noch mit Gewinn zu lesen sein, wenn die nächsten Sicherheitsgesetze, die Einführung des §129c etc. die im Buch besprochene Gesetzeslage überholt haben. Trotzdem ist zu wünschen, dass die nächste Auflage nicht erst 2014 erscheint.

Marek Winter, Potsdam

Reise zur Sonne
Kurdistan im Film

Sonntag, 2.3., 17 Uhr
Close up Kurdistan

Sonntag 9.3., 17 Uhr
Half Moon

Sonntag 16.3., 17 Uhr
DOL – Tal der Trommeln

Sonntag 23.3., 17 Uhr
Reise zur Sonne

Sonntag 30.3., 17 Uhr
Kopf oder Zahl

Nette Filmreihen im Cine-K

40 Jahre Tomatenwurf
40 Jahre Zweite Frauenbewegung

Mittwoch, 5.3., 18 Uhr
Die allseitig reduzierte Persönlichkeit – Redupers

Mittwoch, 5.3., 20:30 Uhr
Mitten im Malestream

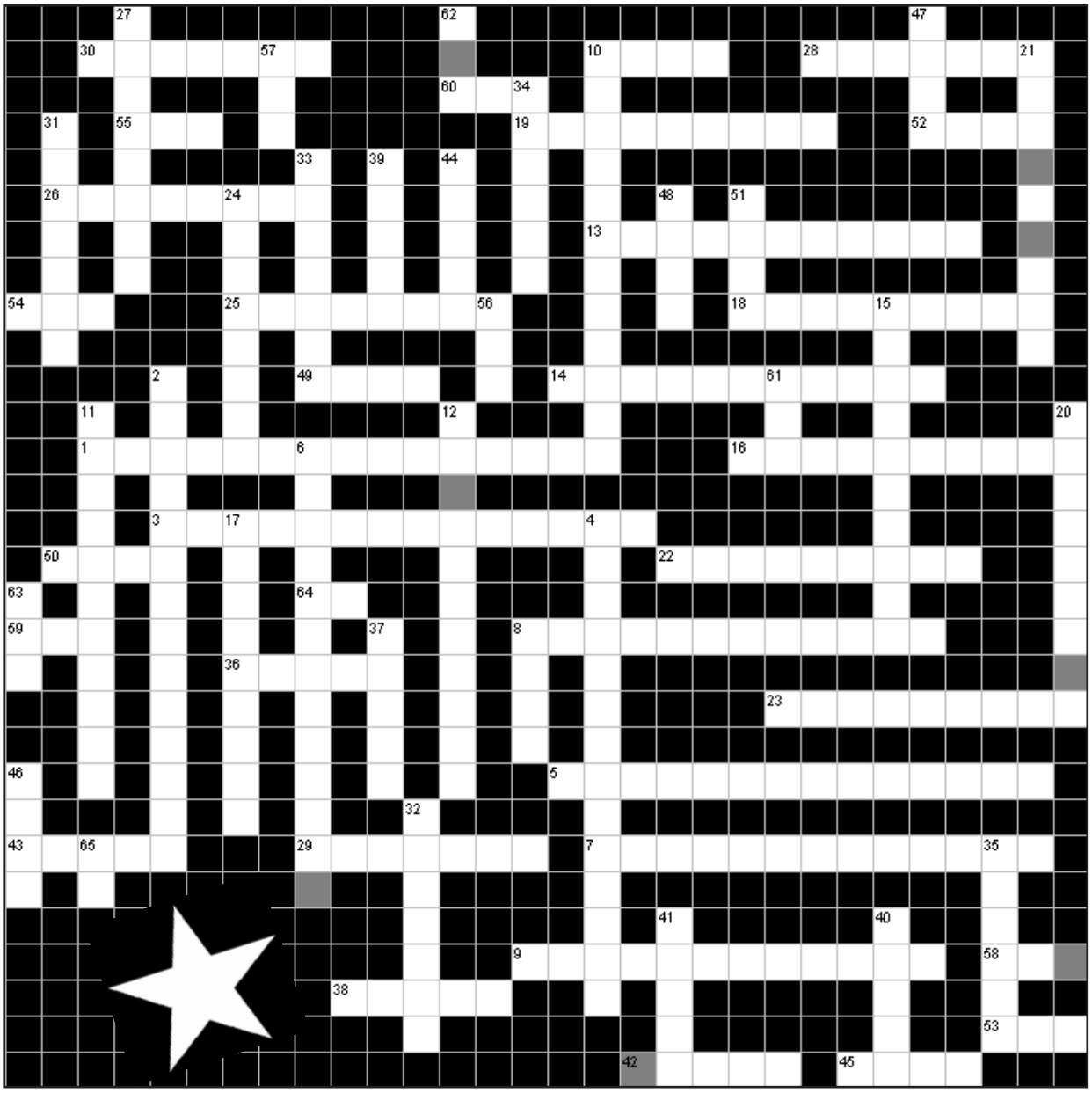
Donnerstag, 6.3., 19 Uhr
Hoffnung im Herz/Wir kommen!

Freitag, 7.3., 18 Uhr
Unter dem Pflaster ist der Strand

Freitag, 7.3., 20:30 Uhr
Lesung: Die Töchter Egalias

Samstag, 8.3., 18 Uhr
Von heute an!

Samstag, 8.3., 20:30 Uhr
Born in Flames



Waagerecht:

1 rassistische Auflage für Flüchtlinge in der BRD
3 Sinti- und Romafeindlichkeit
5 Trockene Antirepressionstips
7 alltäglicher Regelverstoß
8 drei Schritte
9 Jugendzentrum in Nordeuropa
10 Stadt in Thüringen
13 Halt´s Maul, ...!
14 Selbstorganisierung der franz. Illegalisierten
16 HeldInnen des Donnerstags
18 was du Donnerstag nach der Vokü tust
19 Blöder Butterpilz
22 Staat in Osteuropa
23 Veranstaltung zum ALSO Jubiläum'07
25 Perlen vors Alhambra (Alter)
26 besetztes Haus in Santiago de Chile
28 Kultur vor dem Mittwoch
29 Für die SofarevolutionärInnen (frz.)
30 EU-Grenzschutzagentur
36 Leider nicht nur kalter Kaffee (in ganz Amerika)
38 Alternatives Kino gibt's im ...
42 Bildungspolit. solidar. Netzwerk an der Uni OL
43 legendäre pelzige ehemalige Alhambrabewohnerin
45 Afri oder fritz?
49 Halt
50 ehemalige ZASt Oldenburg
52 Arbeitslosenselbsthilfe
53 gibt's in Esensham, Lingen...
54 soziale Basisbewegung Südafrikas (Abk.)
55 Geisteskranke Antifa
58 Mehdorn auf den Schlips getreten
59 VFB gegen Rassismus
60 Ehemalige Reformschule
64 Arbeitsgemeinschaft

Lösungswort:

Senkrecht:

2 span. verlassenes Haus
4 Aneignung in rot-weiß
6 2001 gestoppt, 2005 durchgeprügelt
8 großer Veranstaltungsraum
10 dem Koch hat's die Suppe versalzen
11 Unsicherheit
12 Ort der ZAAB Oldenburg
15 Produkt eines kürzlichen Arbeitskampfes
17 Der Schlüssel zur Sicherheit
20 engl. EA
21 Publikation der Wagenburg
24 Vorgängerin der Alhambrazeitung
27 Zeitung und ...
31 Selber schuld!
32 Don't panic! (auch nicht in der Nähe des Hbf)
33 Art der Entscheidungsfindung im Alhambra
34 Sich lange überwasserhaltende SchülerInnen
35 Naziverschlüsselung
37 franz. Demo
39 ... not diets
40 Das ist unsere Disco!
41 Cocktail zwischen Bad Doberan und Kühlungsborn
44 orangeblaues Monster vorm Alhambra geparkt
46 Coffein-Klub
47 Mekka auf schwedisch
48 gibts nicht viel, aber das BüGeRa
51 Wo die Studis ihre Mitte gefunden haben
56 tierischer Wächter der Privatsphäre
57 Doping für den Außenhandel
61 "Eine ganze Stadt macht Prävention"(Abk.)
62 Käfer, Glöckchen und Demo zu Beginn
63 indischer Bundesstaat
65 Ablehnung ausdrückend (engl.)

zeitung & programm

Monatlich

1. Mi. 20:00 FrauenLesbenKneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
3. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum

Wöchentlich

Mo. 19:00 Archiv
Mo. 19:00 Antiraplenum Oldenburg/Blankenburg (nur in ungeraden Wochen)
Mo. 19:30 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa-Café
Di. 20:00 Subklub
Do. 17:00 Infoladen
Do. 20:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Rechtshilfe

März

Sa. 1.3. 22:00 Lesbischwule 90er Party
Di. 4.3. 21:00 Subklub Einbürgerungstest
Fr. 7.3. 22:00 Reggae Yard: reggae, dancehall and socamusic
Sa.15.3. 22:00 Männerfabrik
Di. 18.3. 21:00 Subklub Punkrock
Fr. 21.3. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.22.3. 22:00 90er Jahre Party von Na Und
Sa.29.3. 22:00 Rosa Disco
Mo.31.3. 21:00 Konzert: Letterbox

April

Fr. 4.4. 22:00 Reggae Yard
Sa. 5.4. 22:00 Homophilias
Fr. 11.4. 21:00 Konzert: Rantanplan
Sa.12.4. 22:00 High Tension (Drum'n'bass)
Di. 15.4. 21:00 Subklub d'amour
Fr. 18.4. 22:00 Elektroparty
Sa.19.4. 22:00 Männerfabrik
Di. 22.4. 21:00 good enough for you (Wien)
Fr. 25.4. 21:00 Konzert: Royal-Hair-Force u.m.
Sa.26.4. 22:00 Rosa Disco